Nr. 415
10. April 1997
WIR GRÜSSEN EUCH, WO IMMER IHR SEID!
saludos y libertad
СОЛИДАРНОСТ
Tiocfaidh ár lá
DEVRIMCI SELAMLAR
our day will come!
liebe & Kraft
NOUS VOUS EMBRASSONS...
PETER, THOMAS + BERNHARD -seit 11.4.95 auf der flucht
WIR SIND NICHT ALLE...
BASTA!!
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
auswärts 3 DM
2,50 DM

Hallo Ihr!
Vorweg liebe Grüße an Peter, Thomas und Bernhard, die nun seit zwei Jahren auf der Flucht sind. Wo immer Ihr seid, hoffen wir, daß es Euch gut geht und Ihr einigermaßen zur Ruhe gekommen seid.
Zur Diskussion um die Problematik von Abtauchen, Weggehen und Wiederkommen haben wir einen interessanten Beitrag aus der SWING übernommen (S.12). Wir teilen dabei die Auffassung, daß in eine sinnvolle Auseinandersetzung die Hierbleibenden genauso einbezogen werden müssen wie die Gehenden. Grundsätzlich halten wir dogmatische Konzepte a la "sich stellen ist unwürdig" für untragbar. Vor der "richtigen" politischen Moral - will sie nicht zur Phrase verkommen - stehen die konkreten Lebensbedingungen und -perspektiven von Menschen.
Wöchentlich finden auf dem Breiti jetzt wieder Protestkundgebungen gegen Ausgrenzungen, Sicherheitswahn und Privatisierungen statt (S.3), die wir Euch wärmstens ans Herz legen wollen. Die bundesweiten Innen-Stadt-Aktions-Tage bieten endlich mal die Chance, verschiedene Themenbereiche (Antirassismus, Fluchthilfe, Antifa, Umstrukturierung, Obdachlosigkeit, Wachschutz, Verdrängung, Nulltarif usw.), an denen einzelne Gruppen kontinuierlich arbeiten, in der Praxis zu bündeln. Für die geplanten Aktions-Tage dürfte es noch nicht zu spät sein, weitere Aktionsideen und natürlich AktivistInnen einzubringen.
Unser Tip für das Wochenende: Die Free-Mumia-Party im Ex. Bei Euren Vorschlägen für die Vor- und Rückseite denkt bitte an rechtzeitige Einsendung.
Bei den weiteren Terminen (S.30) sind uns vor allem die vielen Aktivitäten im KOB aufgefallen. Für alle, die es in den letzten Jahren versäumt haben: Der Weg nach Schöneberg lohnt sich wieder.

Inhalt:

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner

Gefährliche Zone - hier schikaniert die Polizei ...

In ca. 25 sogenannten „Gefährlichen Zonen" in Berlin, die die Polizei in Abstimmung mit dem Innensenat festlegt (dazu gehören u. a. der Breitscheidplatz, der Alexanderplatz und der Bahnhof Zoo), sind grundlegende Persönlichkeitsrechte außer Kraft gesetzt. Die Polizei kann nach Gutdünken vorgehen und hat hier Mittel in der Hand, beliebige Personengruppen zu schikanieren und ihnen den Aufenthalt an diesen öffentlichen Plätzen unmöglich zu machen oder zu verleiden.

Paßkontrollen, körperliche Durchsuchungen, fotografiert werden, Fingerabdrücke, Platzverweise, Beschlagnahmen von mitgeführten Dingen, alles ohne jegliche Anhaltspunkte.
Eine solche Behandlung kann jedeN hier auf diesem öffentlichen Platz treffen, denn dies ist ein - „gefährlicher Ort"! Es trifft aber nicht jedeN ...

Die Polizei rät: „Seien Sie kein Ausländer !"

Zielstrebig steuern die Beamten auf Menschen zu, die sie dem Augenschein nach als "Ausländer" einstufen, schaffen sie unter Anwendung von Gewalt und Handschellen zur Überprüfung von Personalien oder zum Abtransport in die Polizeifahrzeuge, behandeln sie evtl. erkennungsdienstlich, beschimpfen und bedrohen sie. Diese Vorgehensweise wird den Betroffenen gegenüber nicht begründet, auf Nachfragen verschärft sich die "Behandlung" noch. Es wird klar, daß nicht irgendwelche vermuteten Straftaten, sondern zuerst die Hautfarbe (oder das unangepaßte Aussehen) das Kriterium ist, nach dem die Polizei sich ihre Opfer sucht. Aber selbst irgendein Straftatbestand kann solche Verletzungen der Privatsphäre und der Menschenrechte nicht rechtfertigen.

Drogen - Drogen - Drogen - Jagd auf Junkies, Kleindealer und solche, die dafür erklärt werden ...

Unter die oben beschriebenen „Maßnahmen" fallen auch TrinkerInnen, Junkies, Kleindealer, Obdachlose und andere. Wer Drogen nimmt, darf sich auf öffentlichen Plätzen nicht sehen lassen. Wie Drogenberatungsstellen berichten, haben 40 % aller Junkies schon einmal einen Platzverweis bekommen. Wer sich an die Platzverweise nicht hält, dem drohen Bußgelder oder zeitweise Festnahmen.

Obdachlos sein - aber bitte nicht in aller Öffentlichkeit ...

Obdachlose werden oft ohne Geld im Wald, weit entfernt von allen Verkehrsmitteln, abgesetzt, auch im Winter und nachts. Dies ist lebensgefährlich und demütigend.

Besenreine Hauptstadt ...

Ziel dieser Razzien ist u. a., öffentliche und repräsentative Plätze und teure Einkaufszonen von unliebsamen Personengruppen zu säubern. Armut und Kleinkriminalität sollen dort nicht sichtbar sein. Sie stören bei der Imagebildung der Hauptstadt und der Tourismus- und Einkaufsmeilen.

Feindbilder - hergestellt - und in die Tat umgesetzt

Weiteres Ziel der Schikanen ist die öffentliche Stimmungsmache gegen „Ausländer". Der Eindruck entsteht „wo die Polizei so durchgreift, muß ja wohl ein Grund vorhanden sein ...". Hier lebende Menschen anderer Nationalitäten oder dunkleren Aussehens werden mit Kriminalität gleichgesetzt. Der „gute Deutsche" soll sich von dunklen mafiosen Mächten aus dem Ausland bedroht fühlen.

Die verschärften Kontrollen dienen auch zur polizeilichen Jagd auf Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben; in Restaurants, auf Baustellen und in Putzbetrieben aber auch in Sprachschulen und in Discos, an öffentlichen Plätzen und in der BVG, überall sind diese hier vollkommen entrechteten Menschen der Verfolgung ausgesetzt.

Geschäftsinteressen immer an erster Stelle ...

Vereinigungen privater Geschäftsleute wollen nicht-konsumorientierte Nutzungen des öffentlichen Raums verhindern. Nur die „qualifizierte Öffentlichkeit", d. h. der geldpotente Konsumbürger, der Flaneur, der kauffreudige Tourist, sollen sich dort bewegen und nicht vom unangenehmen Anblick sozialer Probleme oder unangepaßter Menschen angewidert werden oder gar noch gefragt werden, ob sie ein bissel was abgeben („aggressives Betteln" demnächst auch hier verboten ?).

Nicht nur in Berlin findet diese rassistische und sozial ausgrenzende Art der Innenstandt-"Säuberung" statt. In allen Großstädten rücken private Wachschutzdienste, die wie Pilze aus dem Boden schießen, gemeinsam mit der Polizei vor und vertreiben alle, die nicht ins Bild passen. Besonders auch Bahnhöfe werden nach und nach zu geleckten Einkaufszentren umfunktioniert und als traditionelle Treffpunkte den sozial Ausgestoßenen entrissen. Je weniger Geld für Konsum insgesamt vorhanden ist, desto mehr wird die Geschäftswelt aufgemotzt, desto mehr tobt der soziale Verdrängungs-Wettbewerb.

Was tun !

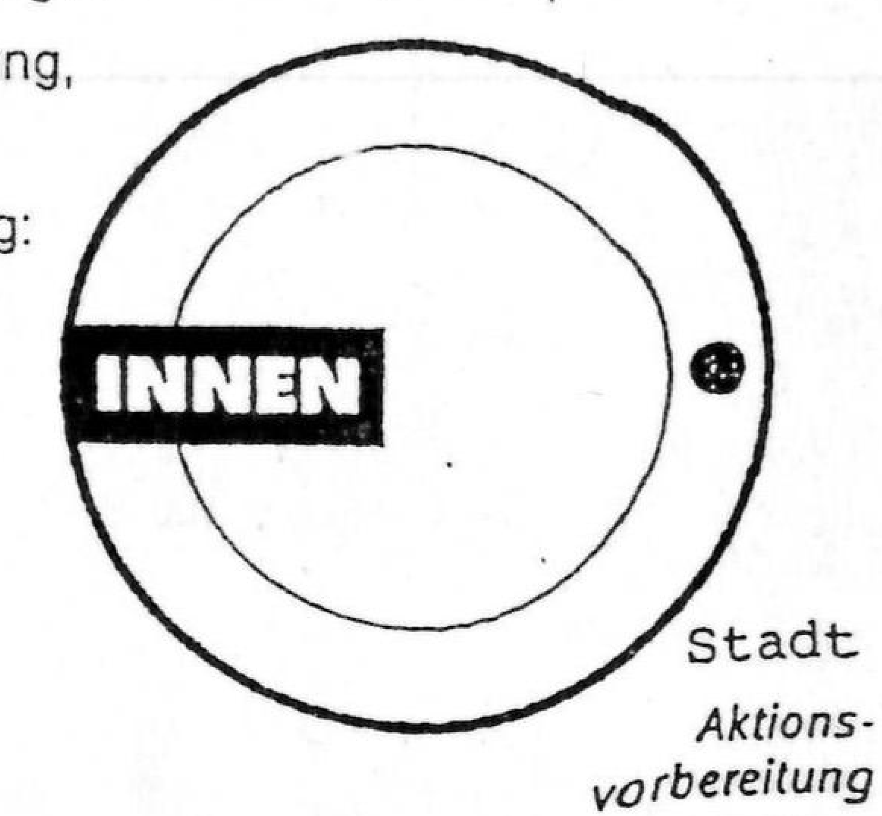
Mehrere Gruppen aus dem antirassistischen- und Flüchtlingsbereich wollen es der Polizei nicht so einfach machen, ihre rassistischen Razzien hier durchzuführen.
Wir informieren öffentlichkeitswirksam und klären (mögliche) Betroffene über ihre Rechte und über Möglichkeiten des Protestes auf.

Sehen wir der Polizei und privaten Wachschutzdiensten auf die Finger!
Wir kommen jetzt öfter !

Sind Sie von polizeilichen Schikanen betroffen oder sind Sie Zeugin/Zeuge eines solchen Vorfalls, notieren Sie sich Gehörtes und Gesehenes, fragen Sie nach der Dienstnummer von Beamten und melden Sie sich beim

Antirassistischen Telefon:
785 72 81.

Protestkundgebungen gegen Ausgrenzung, Sicherheitswahn und Privatisierung:



Ab April wieder:

Protestkundgebungen gegen Ausgrenzungen, Sicherheitswahn und Privatisierungen
im Rahmen der Innen-Stadt-Aktion.

Jeweils Freitags ab 16.00 Uhr am Breitscheidplatz.

Diese Woche (11.4.97) mit einer Vertreterin/einem Vertreter des Anti-Rassismus-Büros aus Bremen.

„La nuit de Walpurgis est mort, vive la nuit de Walpurgis!“

WALPURGISNACHT '97





Hönkeln, oder was...?!

1995 griffen die Bullen die Walpurgisnachtfeiern auf dem Kollwitzplatz an und zerstörten damit ein Fest, daß immer auch „unseres“ war - ein Fest von AnwohnerInnen, Hippies, Punks, Kindern...Politniks - kurzum: ein Fest von Szene und Normalos. Ohne in Pathos verfallen zu wollen, war die Walpurgisnacht ein „echtes“ Kiezfest von unten. Der Freiraum wurde sich Jahr für Jahr mit aller Selbstverständlichkeit genommen. Ohne Anmeldung und offiziöse Genehmigung, keine Ankündigung oder Plakate. Seit 1990 trafen sich in der Walpurgisnacht mehrere tausend Menschen. Sangen, tranken, kifften und tanzten ausgelassen um die Walpurgisfeuer. Ein solch unverfrorener Akt von Selbstbestimmtheit und Anmaßung war für die Hauptstadtsherrifs offensichtlich nicht weiter hinnehmbar. So griff die Staatsmacht am 30. April 1995 ohne Vorwarnung mit Wasserwerfer und Tränengas das Fest auf dem Kollwitzplatz an und zog damit den Haß aller Beteilgten auf sich. Bis in die frühen Morgenstunden tobten heftige Straßenschlachten, ohne daß es den Bullen gelang, das Fest zu beenden.
1996 dann der unsägliche Versuch einiger Bürgerbewegter, durch Institutionalisierung das „Fest“ zu retten: Die Freiräume von 1989/1990 wurden wieder genehmigungspflichtig. Alles und jedes war bis ins Detail vorgegeben und durchorganisiert. Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. Eigene Ordnungskräfte und 90 Polizisten in Zivil, um in Stasi-Manier „Zusammenrottungen“ zu verhindern. Ein geklontes „Mega-Ereignis“ von den umliegenden Yuppiekneipen gesponsort, eine echte Goldquelle zur weiteren touristischen Erschließung. Aber dann kam es doch zu „unangemeldetem Feuer und Tanz“, gegen 2.00 Uhr begannen in der Wörtherstraße erste Auseinandersetzungen und nur zwanzig Minuten später preschten die Bullen in das Fest. Der weitere Ablauf ist bekannt.
Somit hatten auch die unsäglichen „ersten und vorerst letzten Veranstalter“ der Walpurgisnacht begriffen, daß auf eine Sicherheitspartnerschaft mit der Berliner Polizei geschissen ist.

Zum Spielplan 1997:

1. Akt:

„Gegen sinnlose Gewalt und nächtliche Ruhestörung!“
Demonstration der Berliner Jungen Union gegen die Walpurgisnacht 1997.

Aufgrund der großen Erfolge des Stücks „Walpurgisnachtfeiern - Wir mischen Ihr Fest auf“ unter der Regie der Berliner Polizei im Festspielprogramm 30.4./1.5. will am Sonntag 27. April die Junge Union Berlin in Prenzlauer Berg gegen „Krawalle“ in der Walpurgisnacht drei Tage später demonstrieren. Wir sind freudig überrascht, über diese „weitsichtige“, offensichtlich seit mehr als 10 Wochen propagandistisch aufbereitete Veranstaltung zum Thema „sauberer unsere Städte und Gemeinden“. Besonders glücklich sind wir über das mühevoll zusammengestellte Showprogramm: Als Ehrenredner angefragt sind der Rechtsaußen Ex-Innensenator Lummer und der Noch-Innensenator General Schönbohm. Desweiteren ist auf die Nomenklatura der Berliner law-and-order-Politik zu zählen: Diepgen, Hapel, Landowsky - „Keine Gewalt durch Ratten und Gesindel“ könnte eines der Motti heißen.

2. Akt:
Für den 30.4. gibt es ernstzunehmende Gerüchte, daß der gesamte Bereich Kollwitzplatz durch die Bullen abgeriegelt werden soll, sozusagen no-go-area. Mal sehen, wie das den Yuppiekneipen drumherum bekommt...?!

Wir nehmen die Aufforderung zum Tanz an.
Um dem feierlichen Anlaß gebührende Kleidung und Utensilien wird gebeten.
Allen GästInnen wünschen wir schon heute: Gute Unterhaltung.
Kurzfristige Spielplanänderungen aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse sind von allen Interessierten durch Presse, Funk und Fernsehen zu verfolgen.

Linksradikale aus Prenzlauer Berg

HERAUS ZUM AUTONOMEN 1.MAI!

„Hoch die...nieder mit...es lebe....“ ??? Warum eigentlich noch „1. Mai“?
Weshalb gehen wir eigentlich alljährlich noch zur 1. Mai-Demo, wo doch die meisten von uns im Alltag mit ganz anderen Dingen zu „kämpfen“ haben: Aus- oder Weiterbildung, „Karriere“ oder aber in immer mieseren Jobs arbeiten; Studium durchziehen; einige haben ihre Nischen in selbstverwalteten Projekten gefunden.
Um nicht mißverstanden zu werden - es geht nicht darum, Leute zu kritisieren, die einer Ausbildung, Studium oder ihrem Job nachgehen - schließlich leben wir nicht im luftleeren Raum und müssen uns selber jeden Tag auf's Neue mit den Zwängen der herrschenden Verhältnisse rumschlagen und ein Stück weit arrangieren....
Problematisch wird es, wenn diese eigene Auseinandersetzung dann ausschließlich in Lohnarbeit bzw. dem kleinbürgerlichen Einrichten in der eigenen irgendwie gesicherten Existenz aufgeht und kein Platz mehr für die Utopie von einem würdigen Leben für ALLE vorhanden ist. Es ist erschreckend, mit welcher Passivität viele von uns die immer stärker werdenden Angriffe der Herrschenden auf alle Lebensbereiche gegenüberstehen, wie z.B. dem Prozeß des Sozialabbaus Dabei treffen diese Angriffe vor allem die, die bereits die größten Benachteiligungen durch die Gesellschaft in Kauf nehmen müssen wie z.B. Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, RentnerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, MigranInnen.

Auch wenn hier schon längst eine gemeinsame Praxis des Widerstands, den es punktell auch gibt, hätte entwickelt werden müssen, versuchen die meisten weiterhin, ihre jeweiligen Lebensumstände in EinzelkämpferInnenmanier mit individuellen Lösungen zu managen. Diese Passivität bzw. ausschließliche Selbstbezogenheit muß mensch sich allerdings auch leisten können: das politische Nicht-Verhalten bedeutet eine bewußte oder unbewußte Ignoranz gegenüber weniger privilegierten Menschen und den Umständen unter denen sie leben. Wir müssen die Verhältnisse, unter denen sowohl wir als auch andere leben, (re-?)politisieren und zum Gegenstand solidarischer sozialer Kämpfe machen. Hierfür dürfen diese Kämpfe nicht bei persönlicher Betroffenheit und individueller Interessenswahrnehmung stehenbleiben. Widerstand muß immer über die spezifischen Einzelinteressen hinausweisen, wenn er nicht in staatstragender Lobbypolitik aufgehen will. Nur so kann eine wirkliche Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation, die Utopie eines selbstbestimmten Lebens, das nicht auf Kosten anderer geht, entwickelt werden. Dazu aber müssen wir uns erst einmal wieder trauen, radikale Alternativen zum Bestehenden überhaupt (neu) zu denken. Auch wenn dies bezogen auf die augenblickliche Situation für viele abwegig erscheinen mag, so ist dies als Bedingung für eine radikale politische Praxis grundlegend notwendig.
Warum ist es für uns normal, unseren Unterhalt in Lohnarbeit zu verdingen? Was wäre, wenn wir nur das „machen“ würden, was gesellschaftlich (für uns als Menschen) notwendig und daher sinnvoll ist? Es gäbe wahrscheinlich weniger Tischstaubsauger und Handys , dafür aber mehr Zeit und Muße für Liebe, Frust und Leidenschaften. Wir könnten ungeahnte Talente in uns entdecken, die schönen Tage am Baggersee oder im Garten nutzen, uns beim Kaffee verquasseln, Zeitungen oder Filme herstellen. Oder wir könnten (und müßten) die Wissenschaften vom guten Kompostieren entdecken, uns vor allem Zeit nehmen, sich um mehr Leute richtig zu kümmern, als die paar, die wir gut kennen - wir könnten auch selber krank oder hilflos sein, ohne deshalb in den eigenen vier Wänden zu verschwinden oder in eine Altenaufbewahrungsstätte abgeschoben zu werden...
Eine solche Utopie bedarf der praktischen Vorwegnahme im Alltag, in unserer Stadt, den konkreten Lebenszusammenhängen (wie z.B. der Kampf um das Hafenkrankenhaus in Hamburg).

Wenn wir genau hingucken, können wir, auch wo es uns selber nicht betrifft, Ausgrenzung und Unterdrückung wahrnehmen: die Vertreibungspolitik gegen Junkies und Obdachlose, die rassistische Diskriminierung von MigrantInnen auf den Straßen Wuppertals und anderswo.
Die Innenstädte sollen zu „störungsfreien" Konsummeilen, zu wohlstandschauvinistischen Stätten der Kapitalverwertung umgewandelt werden, wo Ausgrenzung an den Rand gedrängter Menschen in immer drastischeren Formen stattfindet: durch „Schwarze Sheriffs", Privatisierung öffentlichen Raums, Vertreibung der Obdachlosen und Junkies durch Polizeibüttel... Auch wir könnten in naher Zukunft die Innenstädte als sozialen Raum wiederentdecken!
Noch aber gibt es die Lohnarbeit und die, bei denen das Einkommen nicht ausreicht, sind auf entwürdigende Amtsgänge angewiesen. Hier werden Menschen als Sozialschmarotzer behandelt; als MigrantInnen, Frauen, Obdachlose diskriminiert. Alle Chancen, die mensch dort hat, sind nur individuell durchsetzbar und führen deshalb zu Vereinzelung und Entsolidarisierung. Da dies für viele Menschen Alltag ist, könnte ein kollektiver Kampf gegen Entwürdigung nicht nur durch die Ämter über den reinen Abwehrcharakter der Kämpfe hinausweisen und emanzipatorische Perspektiven eröffnen. Laßt uns die Gräben der Sprachlosigkeit und Entsolidarisierung überwinden, um einen radikalen Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse, von denen wir häufig genug auch selber profitieren, zu führen!

Laßt uns Utopien spürbar machen!

Für ein selbstbestimmtes Leben - keine Macht für Niemand!!

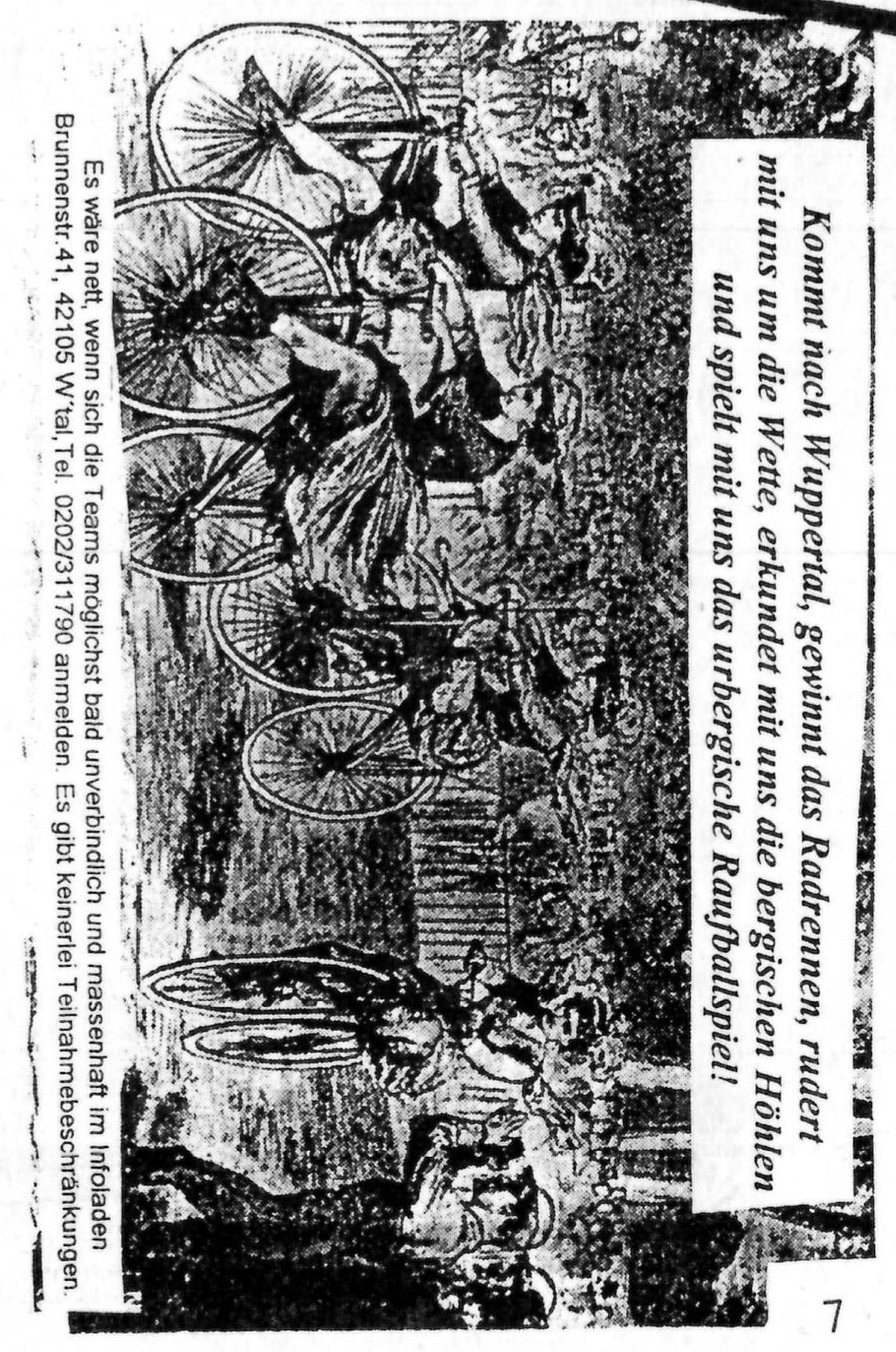
Autonomer 1. Mai
Wuppertal
14.00 Platz der Republik
Demonstration + Straßenfest auf dem Schusterplatz Wir grüßen die autonomen 1. Mai Demos in Berlin, Oberhausen, Stuttgart, Nürnberg + die Antifa-Demos gegen die Naziaufmärsche in Leipzig +Berlin

Einladung zum II. Transbergischen Triathlon

am 26. April 1997, Start: 10.30 Uhr, Otto-Böhne-Platz, Wuppertal-Elberfeld

Liebe Genossinnen und Genossen,
da es uns immer noch gibt, laden wir euch zum nunmehr II. Transbergischen Triathlon ein, der traditionsgemäß am Wochenende vor dem autonomen 1. Mai in unseren Gefilden stattfindet. Für Geographieunkundige und Flachländer, das Bergische Land ist das bergige Land zwischen den Metropolen Wuppertal, Solingen und Radevormwald, sehr malerisch an der Wupper gelegen, fast alle Dörfer sind mit dem modernen Verkehrsmittel der Schwebebahn verbunden ...
Wie sich vielleicht herumgesprochen hat, haben wir uns letztes Jahr prächtig amüsiert. Nicht nur die Unabhängigkeit des Autonomen Bergischen Landes konnten wir mit Bergischer Kaffeetafel hoch oben auf Schloß Burg feiern, auch unser rasantes Straßenradrennen zu Ehren des Räuberhauptmannes Carl Biebighäusers auf dem Ölberg und das unvergeßliche Bootsrennen in dem alten ArbeiterInnenschwimmbad Teufelsteich waren wunderbar. Am schönsten war natürlich der sportliche Sieg der SolingerInnen, das schlechte Abschneiden der Wuppertaler Teams, das begeisterte Volk und die Dummheit der Polizei. Auch dieses Jahr wollen wir alle befreundeten Gruppen von nah und fern zu dem sportlichen Ereignis des Jahres einladen. Ein vollklimatisierter Reisebus ist schon angemietet, der uns zuverlässig zu den ausgewählten, aus widerstandstaktischen Gründen noch geheimgehaltenen Sportstätten bringen wird. Auch dieses Jahr ist das eigene Fahrrad, wenn vorhanden das eigene Schlauch- oder Motorboot und Schusters Rappen (hochdeutsch: der Wanderschuh) selber mitzubringen.
An Disziplinen sind zu erwarten:
das autonome Radrennen rund um den Ölberg, Wettrudern auf einem wilden Gewässer, Höhlenwandern mit bergischem Raufballspiel oder wahlweise Bergisch Boßeln auf der A1 (ein aufregendes Ballspiel friesischen Ursprungs). Für bergische Verpflegung ist wie immer gesorgt. Nach der SiegerInnenehrung, bei der die SiegerInnenteams wie immer mit wertvollsten Sachpreisen überhäuft werden, gibt es noch Klön und Party im AZ.

AG Sport - Spiel - Spannung / Transbergische SportfreundInnen (AGS/TS)



Protokoll vom Treffen des R.L.-Bündnisses vom 6.4.1997

Punkte:
a) Mobilisierung gegen Naziaufmärsche
b)AGs
c) Kiezpalaver

Näxtes Treffen: 13.4.97
20 Uhr Nachladen

zu a) Zusätzlich zu dem schon bestehenden Kreis mehrerer Antifa-Gruppen, die gegen Faschoaktivitäten am 1.Mai mobili sieren wollen, hat sich ein unabhängiges Plenum gebildet, die ebenfalls dagegen etwas machen wollen und ihre Pläne und Aktivitäten vorgestellt haben (zu erreichen sind sie über die Lunte) Geplantsind mehrere Infostellen, zusätzlich zu dem Infotelefon, das aus dem Vorbereitungskreis R.-L.-Bündnis heraus enstehen wird. DieMenschen des unabhängigen Plenums bezeichneten die 1.Mai-Demo als „karnevalsumzug" und wollten noch einmal die Wichtigkeit unabhängiger, eigenständi ger Antifa-Gegenaktivitäten betonen.
Aus dem Vorbereitungszusammenhang für das Straßenfast am Humannplatz waren ebenfalls Menschen da, die sich überlegen, wie im Falle eines Naziaufmarsches in Berlin reagiert werden soll (Die geplante Nazi-Demo in Leipzig ist zwar offiziel verboten, doch ist unklar, wie die Nazis reagieren. Auch in Berlin ist auf jeden Fall mit einem Naziaufmarsch zu rechnen) Auch das Rosa-Luxemburg-Bündnis betonte einstimmig die wichtigkeit einer antifaschistischen Gegenmobilisierung (in Absprache mit der revolutionären 1.Mai-Demo P'berg)
Haltet also Augen und Ohren offen und überlegt Euch was - keine Konsumhaltung !

b) Kiezpalaver : Menschen vom Vorbereitungskreis werden an dem vom „Ostblock „ ins Leben gerufene Treffen teilnehmen und gegen Kiezpatriotismus und die erhobenen Vorwürfe Stellung beziehen. Und es geht um eine Zusammenarbeit, wenn sie überhaupt gewün scht wird.

c) Ags:
AG „Mobilisierung" : hier wird die Mobilisierung geplant und koordiniert (Plakate kleben - die ab jetzt im Nachladen abzuholen sind, wie auch die Bündnisaufrufe, Spuckies, Aufkleber, etc.)
Wichtig: näxten Sonntag um 18 Uhr trifft sich diese AG, um Plakate, etc. zur bundesweiten Verschickung einzupacken.
Die Aufrufe sollen in Türkisch übersetzt werden, ADA, eine linke MigrantInnengruppe mobilisiert ebenfalls zum R.-L.-Platz
Geplant sind ebenfalls Lautimobiliserung in den Kiezen und vor Schulen.
AG „Finanzen": zur Zeit stehen 1700,- DM offen, es wird überlegt, durch eine Solipart y oder ähnliches ,dieses Schuldenloch zu stopfen. Überlegt Euch was und seid solidarisch ! Aus dieser AG heraus wird auch die Pressekonferenz geplant werden, wo wir uns auch äußern werden, warum wir mit der O-Platz-Demo keine gemeinsame Pressekonferenz machen wollen, bzw. die einzelnen am Bündnis beteiligen Gruppen haben die Möglichkeit, ihre Positionen darzustellen.
AG „DemotechniX" : geplant : Demoleitung (maximal 5 Personen), Lautischutz (sowohl für den großen alsauch den kleinen Lauti), jeweils 4 Leute werden für den Auf- und Abbau der Lautis benötigt. Das Leittranspie soll um ein peppiges Stangentranspie erweitert werden, sehen wir näxten Sonntag. Es wird eine Auftaktkundgebung, eine Zwischenkundgebung und eine Abschlußkundgebung geben, dazwischen sollen kurze Beiträge gehalten werden.
Wichtig : wir brauchen noch mehr SanitäterInnen, also meldet Euch bei uns.
Ein MelderInnensystem soll eingerichtet werden, Funkgeräte sind vorhanden (ca. 10 Personen)
Alles weitere wird näxten Sonntag besprochen. Die Öffentlichkeit dieses Vorbereitungsplenums soll sich nur auf Menschen beschränken, die aktiv an der Vorbereitung dieser Demo mitmachen wollen . Da wir eine Zusammenarbeit mit dem O-Platz-Bündnis ablehnen und produktiv vorankommen wollen, mußten wir einen Menschen von den Rks auffordern, zu gehen.
Ach ja, am 27.4. hat die Junge Union zu einer Kundgebung gegen „linken Krawall" aufgerufen, auf dem Kollwitzplatz, wo Lummer und auch Diepgen sprechen sollen. Überlegt Euch was dagegen, mensch könnte viel tun...

Revolutionäres Bündnis Rosa-Luxemburg-Platz

beteiligte Gruppen: AOK, Antifaschistische Aktion Berlin (AAB), Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin, Rote Söckchen, Anti-Atom-Plenum Berlin, AG „Schöner Wohnen", Autonome Gruppen in und bei der PDS (AGAG), Antifa-Jugend-Aktion-Kreuzberg AJAK, Antifa Südost ASO, Jugendantifa Friedrichshain (hoffentlich habe ich keine vergessen...)

Männer*phantasien* zum 1. Mai/ Angriff auf die Männer*phantasien*

Der 1. Mai steht vor der Tür und mit den ersten Aufrufen und Plakaten, die uns von den Häuserwänden und Litfaßsäulen zu diesem "wahren revolutionären Ereignis" einladen, bekommen wir einen Einblick in scheinbare "rev. Ästhetik" und "rev. Selbstverständnis".
Besonders fällt uns dabei ein Exemplar ins Auge, das unter dem Motto steht : "1. Mai - ZUSAMMEN KÄMPFEN". Wir sehen darauf zwei nächtliche, vermummte Kämpfer in Bomberjacken, einer davon den brennenden Molli zum Wurf angesetzt. *Wo ist da unser Anlaß zur Kritik, wird sich manch eine/r fragen.*
Uns dreht sich einfach der Magen um bei solchen Bildern, sofern sie für ein emanzipatorisches, linxradikales Politikverständnis stehen sollen. Hier bedienen sich Leute unter dem Deckmantel des politisch Korrekten mit Bildern vom Mythos des Kämpfers in seiner ganzen Pracht. Es sind Männer, die auf dem o.g. Plakat in Aktion zu sehen sind. Sie wirken militaristisch, aufgeplustert, starr, zu allem entschlossen - ein für uns - in der Summe - patriachalisches Verständnis von Männlichkeit. Die Plakatmacher(Innen?) bedienen sich eines unhinterfragten Männlichkeitsbildes, das sich wenig von dem des politischen Gegners unterscheidet. So haben wir auch Probleme mit der Deutung des Plakates. Auf den ersten Blick könnten es auch vermummte Faschos sein die ein Flüchtlingsheim angreifen.
Welchen Zweck verfolgen die Plakatmacher(Innen?) mit derartig zweideutigen Bildern?
Da uns das Plakat keinen Hinweis darauf gibt, wogegen sich diese Attacke/Angriff richtet, bleibt nur die Vermutung, es geht nicht um das Wogegen, sondern um das Wie bzw. um die Aufrechterhaltung eines einfachen Militanzmythos. Weiterhin fragen wir uns, ob uns diese Militanzsymbolik nicht als eine Art "politisch korrekter" Männergewalt schmackhaft gemacht werden soll. Nichts gegen vernünftige Aktionen. Wir finden es wichtig, uns gegen die herrschenden Zustände, gegen Büttel und Faschos zu wehren. Was uns nervt, ist mal wieder der Kult um das Macker-Militanzgehabe. (Natürlich sind auch wir nicht frei von Gewaltphantasien und Mackerstrukturen - aber indem wir sie genauso an uns problematisieren und bearbeiten wollen, stört es uns, wenn uns andere Männer (?) derartige patriarchalische Strukturen als fortschrittliche, anzustrebende Normen verkaufen wollen) *Warum dieser Militanz-Fetisch? Weshalb dieser offensive Männlichkeitskult?*
Gerade der Männlichkeitskult ist ein Fundament auf dem militaristische/faschistische Bewegungen aufbauen. Leider kommt dieser Ansatz in der radikalen bzw. antifaschistischen Linken zu kurz. Radikal antifaschistisch heißt für uns: radikal gegen männerbündische Denk- und Verhaltensstrukturen.
Der Begriff Faschismus leitet sich im übrigen vom italienischen Wort fasci ab. Fascis waren Ende des 19. Jahrhunderts Männerbünde in Italien, nach deren Vorbild sich dort die Fascisten bildeten. Jegliche faschistische Bewegungen sind streng patriarchalisch-männerbündisch organisiert. Typisch "männliche" Werte wie Kriegertum, Härte, Körperpanzerung und militaristischer Sprachgebrauch kennzeichnen derartige Alltags-Strömungen. Faschistische Bewegungen greifen letztendlich auf das zurück, auf das die patriarchal - bürgerliche Gesellschaft aufbaut - auf autoritäre Charaktere. Letztere zeichnen sich ebenso durch das Bedürfnis am Unterdrücken sowie den Wunsch zum Unterordnen bzw. Rädchen sein, aus; nach Erich Fromm ausgedrückt: durch den sadomasochistischen Charakter.
Die Feindbilder, die beispielsweise von AntifaschistInnen oftmals aufgebaut werden, orientieren sich zu stark an bekannten Fascho-Skinheads, Nazi-Kadern, also an Personen. Doch worum es im eigentlichen geht, sind es vielmehr (auch eigene) verinnerlichte patriarchalische Machtstrukturen, die im Wechselverhältnis mit gesellschaftlichen Alltags- und Ausbeutungsstrukturen stehen. Militanz kann immer nur aus Notwendigkeiten entstehen, sich zu wehren und sie sollte ebenso wahrgenommen werden. Sie darf nie Selbstzweck werden, indem mit ihr (Männlichkeits-, Kämpfer-, sonstwie-) Mythen aufgebaut werden. Andernfalls dient sie dazu, autoritäre Charaktäre zu bestärken.
Für uns stehen unsere politischen Inhalte und der Ausdruck von Lebensgefühl für Linxradikalität und nicht das kokettieren mit Mackermilitanz. Wir fänden es gut, wenn dieses besagte Plakat dem Papierrecycling zugeführt wird und die grauen Wände der Stadt mit etwas ideenreicheren Ausdrücken unserer Politischen Arbeit verziert werden.
Antifa heißt Angriff auf (auch eigene) männerbündische Strukturen!!
Heraus zum 1. Mai !!
Kermit + Animal

Unbeschreiblich weiblich?
Kategorie: Geschlecht

Aus: Blätter des Iz3W 2/97

von **Christine Parsdorfer**

▶ Die erste große Begeisterung über die dekonstruktivistische Wende im Feminismus ist gerade abgeflaut. Die Versuche, die Ergebnisse für die politische Praxis oder aber für die empirische Forschung nutzbar zu machen, gestalten sich schwierig. Zwar ist in der feministischen Theoriebildung als Konsequenz kaum mehr von einer unhintergehbaren weiblichen Identität die Rede, vor deren Hintergrund politische Konzepte und Analysen entwickelt werden. Auch die Entgegensetzung von Natur und Kultur, wie sie in der *sex und gender* Debatte noch vertreten wurde, ist inzwischen in weiten Kreisen harsch kritisiert worden. Uneinigkeit besteht jedoch weiterhin in der Frage, inwieweit die Kategorie Geschlecht als Bezugspunkt für die gesellschaftliche Analyse taugt.

In diese Diskussion reiht sich auch der jüngst erschienene Sammelband 'Kategorie: Geschlecht' ein, der sich darüber hinaus auch noch zum Ziel gesetzt hat, die dekonstruktivistischen Theorien für die empirische Forschung nutzbar zu machen.

Die Autorinnen sind sich weitgehend darin einig, daß es unmöglich ist, gänzlich von der Kategorie Geschlecht Abschied zu nehmen, solange die Geschlechtszugehörigkeit über den Aufstieg in der gesellschaftlichen Hierarchie entscheidet. Leider erschöpft sich der gemeinsame Nenner der hier versammelten Beiträge aber in diesem Allgemeinplatz. Welcher analytische Stellenwert der Kategorie Geschlecht zuzusprechen ist, und welche Konsequenzen aus der Kritik der bisher gängigen Identitätspolitik zu ziehen sind, wird widersprüchlich gesehen. Ob dies der persönlichen Vorliebe der Autorinnen oder aber den disparaten Untersuchungsfeldern (sie reichen von Frauen in der Landwirtschaft, bis zu Gewalterfahrungen von Jungen und Mädchen) geschuldet ist, bleibt weitgehend im Dunkeln.

So kommt Brigitte Hasenjürgen auf der Grundlage ihrer Untersuchung über Sozialwissenschaftlerinnen an der Hochschule zu dem Schluß, daß bei diesen weniger das Geschlechterverhältnis über Einstellung zur wissenschaftlichen Arbeit und über den Aufstieg in der Unihierarchie entscheidet, als vielmehr ihre soziale Herkunft und das von zu Hause mitgebrachte 'kulturelle Kapital' (Bourdieu). Der 'Klasseninstinkt' sorge dafür, daß Akademikerinnen aus der Oberschicht ihre Energie dort investieren, wo sie für das akademische Vorankommen relevant ist: in Vorträge und Veröffentlichungen, während sich die 'Unterklassenakademikerinnen' mit Lehrveranstaltungen bescheiden, die wenig öffentlichkeitswirksam sind. Letztlich haben so Männer und Frauen aus der Oberschicht mehr miteinander gemein als Frauen aus der Arbeiterklasse mit ihren bourgeoisen Kommilitoninnen.

Ganz anders argumentiert Susanne Keil in ihrem Beitrag. In Anlehnung an den Mailänder Affidamento-Ansatz, der auf den bestehenden Unterschieden zwischen Männern und Frauen aufbaut, hebt sie die Bedeutung von Frauen hervor, die sich in ihrem Werdegang wechselseitig unterstützen. Ziel sollte ihrer Meinung nach die Entwicklung neuer »kultureller Praxen« sein, die die bisherige Kategorie 'Frau' neu füllen können.

Nach der Butler-Diskussion herrschen noch immer »Begriffsver(w)irrungen«

Diesem Konglomerat von empirischen Analysen folgen drei Artikel, die sich theoretisch mit den dekonstruktivistischen Theorien auseinandersetzen. Daß dies – trotz beständig wachsender Bücherflut – notwendig ist, beweist Birgit Wartenpfuhl, die auf die »Begriffsver(w)irrungen« hinweist, die im Anschluß an die Butler-Diskussion über Begriffe wie Dekonstruktion und Konstruktion herrschen. So firmieren in der aktuellen Debatte verschiedene Ansätze wie beispielsweise die Ethnomethodologie, die danach fragt, wie Geschlecht täglich neu hergestellt wird, unter dem Markenzeichen der Dekonstruktion, obwohl sie eher der konstruktivistischen Theorierichtung zuzuordnen sind. In ihrem fundierten, an Derrida anschließenden Beitrag, kommt Wartenpfuhl ähnlich wie auch Encarnación Gutierrez Rodríguez zu dem Schluß, daß die dekonstruktivistische Perspektive keineswegs zu einem Verlust von Begriffen gesellschaftlicher Machtverhältnisse oder auch der Analysekategorien Mann – Frau kommen muß, wie ihr immer wieder vorgehalten wird, sondern einen wichtigen Beitrag zur Selbsthinterfragung feministischer Theorie leisten kann.

Neben der Auseinandersetzung mit dem (De)Konstruktivismus ist die Verwobenheit von »Rasse«, »Klasse« und »Geschlecht« zentrales Thema der Theoriebeiträge. Auch hier zeigen sich die unterschiedlichen Ausgangspunkte der Autorinnen. Während Birgit Wartenpfuhl diese verschiedenen Identitäten so verknüpft sieht, daß sie auch analytisch nicht zu trennen sind, sucht Paula Irene Villa im Anschluß an Bourdieu und die feministische Ethnomethodologie die Vermittlung der verschiedenen Identitäten durch die »Leiblichkeit«. Diese bestimmt sie als »materielle Verkörperung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse«. Über Geschmacksfragen und unterschiedliche Vorlieben stellen sich sowohl soziale als auch geschlechtliche »Körper« her, die dann quasi automatisch ihren »natürlichen« Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen. Es gelingt Villa jedoch nicht, diese doppelte Vergesellschaftung analytisch zu fassen, vielmehr stehen auch am Ende der Darstellung Geschlechts- und Klassenidentität weitgehend isoliert nebeneinander.

Daß die theoretische und praktische Weiterentwicklung der Butler-Diskussion sich schwierig gestaltet, zeigt gerade dieser Sammelband. Auf der empirischen Ebene bewegen sich die Beiträge eher auf dem Niveau einer 'Geschlechterkunde' querbeet durch alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Theoriebeiträge sind etwas für diejenigen, die schon in die Tiefen der dekonstruktivistischen Theorien vorgedrungen sind. Inwiefern dieses Spezialistinnentum Eingang in Empirie oder sogar die politische feministische Praxis finden kann, steht in den Sternen. In diesem Sinne macht Rodriguez auf die Grenzen auch eines kritisch gefaßten Dekonstruktivismus aufmerksam. Dieser kann zwar die herrschaftliche duale Logik aufspüren, auflösen kann er sie jedoch nicht. Oder frei nach Marx: die Philosophen haben die Welt verschieden konstruiert und dekonstruiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.

▶ *Ute Luise Fischer, Marita Kampshoff, Susanne Keil, Mathilde Schmitt: Kategorie: Geschlecht, Leske + Budrich, Opladen 1996, 39,- DM.*

▶ **Christine Parsdorfer** ist Mitarbeiterin des iz3w.



In dieser Ausgabe . . . . .

Aus: Blätter des Iz3W 2/97

Politik und Ökonomie

Kultur



Schwerpunkt:

Love Me Gender – Feminismus in den 90ern

Hexennummer nun mit Lummer?

■ Junge Union will im Vorfeld des 1. Mai mit einer Antigewaltdemo zum Kollwitzplatz pilgern. Bezirksamt Prenzlauer Berg ist von der Idee nicht begeistert

„Heraus zum traditionellen 27. April!" – Um dem schlagzeilenträchtigen 1. Mai der linksradikalen Szene ein für allemal Paroli zu bieten, tritt nun die Junge Union (JU) aufs Prenzlauer-Berger Parkett. Nie wieder Randale am Kollwitzplatz! Nie wieder Walpurgisnacht und autonome Antifa! Statt dessen ein prima Beisammensein von Anwohnern, Kneipenbesitzern, Mitgliedern der Jungen Union und jenen Bürgerrechtlern, die derzeit noch ganz frisch und unverbraucht in den Reihen gestandener Christdemokraten nicht zu Wort kommen. „Wir wollen ein Zeichen setzen", sagte Sascha Steuer, Chef der Jungen Union von Neukölln, und beschloß gemeinsam mit anderen Kreisverbänden, in diesem Jahr erstmals am 27. April in den Prenzlauer Berg zum Kollwitzplatz zu pilgern.

Ganz ohne Gewalt, mit einigen Transparenten allerdings und Lautsprecherwagen soll so etwas vonstatten gehen. „Wir sind auf alles gefaßt, doch wir denken, daß wir mit unserem Anliegen auf breite Akzeptanz stoßen werden", schätzt Steuer.

Matthias Bernt vom Kiezladen Helmholtzplatz hält das Ganze dagegen für einen „absolut dicken Hund". Gerade erst hätten sich Initiativen im Bezirk „Abstinenz von der Walpurgisnacht am Kollwitzplatz verordnet", da strebe ausgerechnet die Junge Union danach, „das Datum der Auseinandersetzungen im Kiez nach vorne zu verlegen". Bernt fürchtet, daß bereits die Wunschliste an Rednern dazu prädestiniert ist, das Klima ordentlich anzuheizen. „Wenn Lummer oder Schönbohm hier das Wort ergreifen, werden nicht nur die Autonomen aktiv, das bringt auch die Anwohner auf die Barrikaden."

Heinrich Lummer selbst weiß nach Aussagen seines Berliner und seines Bonner Büros allerdings noch nichts von seinem Glück. Daß er ein wenig geeignetes Aushängeschild sein könnte, fürchtet allerdings auch Thorsten Reschke, Landeschef der JU. Ihm persönlich wäre Innensenator Schönbohm lieber. Doch der Landesverband, betonte Reschke, sei in die Vorbereitungen der Veranstaltung „nicht involviert". Von grundlegenden Differenzen mit den organisierenden Kreisverbänden, darunter Spandau, Hohenschönhausen, Treptow, Reinickendorf und Lichtenberg, könne aber keine Rede sein. „Es war einfach nicht unsere Idee." Reschke selbst hofft, daß die die Kreisverbände gründlich abgewogen haben. „Aus Neugier" und natürlich, „um ein Zeichen zu setzen" werde er dennoch am Kollwitzplatz mit dabei sein.

Im Bezirksamt Prenzlauer Berg ist man über die geplante Pilgertour der Jungen Union dagegen nicht besonders erfreut. Erstens, so Bürgermeister Reinhard Kraetzer (SPD), halte er von Gegendemonstrationen ohnehin nicht viel, zweitens „ist der Ort für keine derartigen Veranstaltungen geeignet, auch wenn sie in vermeintlich guter Absicht durchgeführt werden". Der CDU-Stadtrat Frank von Olszewski, der gebeten wurde, noch einmal mit Vertretern der Jungen Union zu reden, betonte, daß es „eine Zustimmung des Bezirks für den Kollwitzplatz nicht geben wird". Für Sascha Steuer und seine Mannen scheint das allerdings nicht weiter tragisch. „Vielleicht werden wir uns einen anderen Platz suchen oder in die umliegenden Straßen gehen." Aber ein Zeichen werde man natürlich setzen.

Kathi Seefeld


Hallo!
In der Radikal 11/95 war ein Artikel "Von der Bürde und Würde des Exils" der "Gruppe wider den Knick" (GwdK). Der folgende Text war ursprünglich als Entgegnung darauf gedacht. Nun ist es aber mehr eine Ergänzung geworden: wie durch das Abtauchen neben den Flüchtenden auch viele andere mitbetroffen sind, und wie deren Situation und Probleme aussehen.
Mir sind beim Lesen des Artikels einige Sachen aufgefallen, die mit nicht gefallen haben. Ich will aber auf keinen Fall die Absicht des Artikels infrage stellen. Im Gegenteil, auch ich finde es gut, dem Thema "Flucht/Exil/Leben mit einer neuen Identität" seinen Schrecken zu nehmen und der Alternative "Knast" entgegenzusetzen. Es ist wichtig, dem Mythos des Abtauchens, als etwas Unmögliches (da die Bullen ja eh alles wissen und kontrollieren würden), entgegenzuarbeiten, und konkrete Erfahrungen dagegen zu setzen. Das aber gelingt in obigem Artikel nur zum Teil, zum andern tragen die Leute eher dazu bei, neue Mythen zu kreieren (z.B. die/der ungebrochene, psychisch kaum angeknackste Abgetauchte auf der einen, die/der gebrochene Selbst-Steller/in auf der andern Seite).
Es gab in letzter Zeit einige gute Erfahrungen mit dem Abtauchen, zu denen sich die entsprechenden Leute auch geäußert haben, einige Leute aus dem Kaindl-Verfahren (vgl. Radi 150 und 153), Leute aus dem Radikal-Verfahren (Radi 153, Kassiber Nr. 29/Sept.96), Uli D. aus den Verfahren gegen die Rote Zora und die Revolutionären Zellen (Konkret 9/96). Es gibt aber auch schlechte Erfahrungen, wo Leute mit dem Exil nicht klargekommen sind, bzw. es auch gar nicht versucht haben. Einige sind relativ schnell von den Bullen gekriegt worden, andere haben sich sofort gestellt, ohne abzuwarten, wie das Verfahren sich überhaupt entwickeln wird - u.a. auch deshalb weil sie und ihre FreundInnen es sich nicht zugetraut haben die Illegalität zu organisieren.
Aber auch aus einigen der positiven Erfahrungsberichte geht hervor, daß das Abtauchen höllisch viel Arbeit und grosse psychische Belastung vor allem auch für die Dagebliebenen bedeutet. Von daher wär's nun Zeit, auch vermehrt und konkreter über die Probleme und Schwierigkeiten, die das Abtauchen für die Zurückbleibenden mit sich bringt zu reden.

1)
In den ganzen Diskussionen ums Abtauchen sind bisher fast ausschließlich die Betroffenen selbst zu Wort gekommen, aber kaum Leute aus deren Umfeld, politische Zusammenhänge, Bezugspersonen, etc. Die einzige, mir bekannte, Ausnahme sind die Frauen aus Bremen, und es scheint mir kein Zufall zu sein, daß es gerade Frauen sind, die das Thema, was das Abtauchen für das sog. "Umfeld" bedeutet thematisieren. Auch im Artikel der GwdK tauchen die ganzen Bezugspersonen, FreundInnen etc. so gut wie gar nicht auf.
Der Tatsache, daß das Abtauchen nicht allein ein Problem ist für die, die gehen, sondern grad auch für die, die zurückbleiben, wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch ihre Situation wird durch Flucht und Abtauchen grundsätzlich verändert, auch sie müssen mit dem Verlust, dem Schock und der Angst klarkommen.
Je besser vorbereitet so ein Umfeld ist, wenn die Leute sich schon eingehend mit der Möglichkeit, selbst Abtauchen zu müssen, auseinandergesetzt haben, und je mehr Erfahrungen mit konspirativem Verhalten und Organisierung sie haben, desto

einfacher wird es für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug, und noch mehr für die, die einfach ins kalte Wasser geworfen werden, sich in der Beziehung wenig Gedanken gemacht oder/und sich wenig zugetraut haben.

Von daher ist es eigentlich unerläßlich, auch über den Bekanntenkreis nachzudenken und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, wenn mensch sich entscheidet Aktionen zu machen, die das Risiko von mehreren Jahren Knast beinhalten. Derartige Überlegungen habe ich bisher nur von Eltern bezüglich ihrer Kinder mitgekriegt. Mütter und Väter stehen immer wieder vor der Frage, was kann ich meinem Kind gegenüber verantworten, und wie kann ich garantieren, daß das Kind möglichst wenig darunter zu leiden hat, wenn ich plötzlich von der Bildfläche verschwinde, also z.B. im Knast oder eben auf der Flucht bin. Ähnliche Überlegungen könnten sich aber auch bezüglich andrer Personen gemacht werden: Menschen, die besonders von uns abhängig sind, z.B. weil sie schwer krank sind oder sich psychisch in einer labile Verfassung befinden, die eigenen Eltern, nicht leibliche Kinder oder einfach unsere ganzen FreundInnen und GenossInnen. Natürlich soll das nicht heissen, nichts mehr riskieren zu können, wenn einige der Faktoren nicht optimal sind (wer hat schon die Eltern, die mit ner derartigen Situation klarkommen...). Aber es ist auf alle Fälle wichtig, sich dazu im voraus Gedanken zu machen, und da, wo Probleme zu erwarten sind, diese ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen.
Das fängt bei Kleinigkeiten wie der Melde-Adresse an: eine Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnungs-Adresse kann besser sein als eine große Wohngemeinschaft, da dadurch wesentlich weniger Leute in Mitleidenschaft gezogen werden.
Es kann heißen, sich gegen einen "Markennamen" zu entscheiden, da durch den 129a die drohende Knaststrafe höher und die Verfolgung (z.B. Fahndung, Observationen, Vorladungen) durch die Staatsbüttel bedeutend härter sind. Es kann heissen, eine weitere, an der Aktion nicht beteiligte Person einzuweihen, damit im Falle des Scheiterns immerhin eine außenstehende Person Bescheid weiß, die dann schnell reagieren und z.B. von der Fahndung betroffene Leute warnen kann. Und es soll heißen, Vorkehrungen für den Fall des Fehlschlagens einer Aktion und für die Flucht zu treffen (Fluchtwohnung, Bargeld, Konto-Karten und PIN weitergeben).


Eigentlich müßten wir alle, die sich als "radikale und/oder revolutionäre Linke/r" verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft oft eine riesengroße Lücke. Und nur wenige Leute können auf Erfahrungen in derartigen Situationen zurückblicken. Außerdem gibt es ne ganze Menge Leute unter uns, die psychisch nicht besonders belastbar sind.
Aus obigen Gründen finde ich den Satz der GwdK "es gab und gibt immer bessere Lösungen als sich zu stellen", in der Absolutheit auch nicht richtig. Ich will damit nicht sagen, daß es eine gute Lösung ist, in den Knast zu gehen, aber es könnte in bestimmten Situationen die bessere von zwei schlechten sein. Mensch könnte sich z.B. gegen ein langjähriges Exil entscheiden, um für ein Kind oder eine andere abhängige und wichtige Bezugsperson erreichbar zu sein, und einigermassen regelmässige Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten durch Knastbesuche und Briefe aufrechzuerhalten. Dies wäre in meinen Augen auch eine korrekte und akzeptable Entscheidung in einer derartigen Situation. Wichtig aber auch da, daß so eine Entscheidung nicht überstürzt gefällt wird, sondern erst nach ausführlichen Diskussionen mit Vertrauenspersonen und nachdem genauere Abklärungen über den Stand der Ermittlungen eingezogen sind (was aber in einem Verfahren, wo, keine Anklage erhoben werden kann, "weil die Verdächtigen flüchtig sind", nicht so einfach ist). Außerdem sollten Alternativen vorhanden sein, und die Person sich emotional wieder gefasst haben.



2)
Der durch das Abtauchen in Mitleidenschaft gezogene Personenkreis setzt sich meist aus den unterschiedlichsten Leuten mit den unterschiedlichsten politischen Standpunkten und Erfahrungen zusammen. Im folgenden werde ich mich auf Leute beziehen, die selber aus einem radikalen linken/autonomen Spektrum kommen, die sich also - zumindest von ihrem Anspruch her - schon mit derartigen Situationen auseinandergesetzt haben, und wo mensch denken könnte, daß diese Leute der Situation einigermassen gewachsen wären.
Doch so glatt geht das alles nicht, wie sich in Berlin nach dem mißglückten Anschlag auf die Baustelle des Abschiebeknastes und der darauf einsetzenden Fahndung gezeigt hat. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, und fast alle, die's irgendwie betroffen hat, waren zuerst einmal völlig außer sich. Einerseits das Entsetzen, daß das "Schreckliche" eingetreten ist, daß Leute, die wir lieben, die Flucht antreten müßen. Andrerseits die Angst angesichts der auf einen zurollenden Fahndungs- und Repressionsmaschinerie irgendwas falsch zu machen und den Verfolgten zu schaden. Die wenigsten schafften es, mit dieser Situation von heftigster praktischer Belastung auf der einen und extremem Gefühlssalat auf der andern Seite korrekt umzugehen. Es war unheimlich viel Aggressionen, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander zu spüren.
Im nachhinein kommt es einem vor,.wie wenn für den Schock und die Angst ein Ventil gesucht und Unmengen von Aggressionen mobilisiert wurden, und - da die Bullen und Staat grad übermächtig erschienen - nicht gegen diese, sondern gegeneinander gerichtet wurden. Viel Wut auch auf die Gesuchten, denen ihre ganzen Sünden der letzten Jahre aufgerechnet wurden und auf die, die diese Aktion verbockt hatten. Ich will damit nicht sagen, daß es keinen Grund gegeben hätte, wütend zu sein (die Gruppe das K.O.M.I.T.E.E. hat ja auch selbst eingestanden, schwerwiegende Fehler gemacht zu haben, indem sie Unbeteiligte heftigst in die Sache mitreingezogen haben).
Doch damit läßt sich das, was in den ersten Tagen abgelaufen ist, nicht erklären. Vielmehr spielte eine Rolle, daß viele über Nacht in eine für sie sehr unangenehme und schwierige Situation katapultiert wurden, eine Situation, die viele für sich eigentlich ausgeschlossen hatten, da sie sich entschieden hatten, bestimmte Aktionen und Aktionsformen nicht (mehr) zu machen. Zu einer solchen Entscheidung hatten unterschiedliche Gründe geführt, z.B. die Unzufriedenheit über die eigene Praxis, die nicht den Ansprüchen genügt (zuviele Fehler/zuwenig Verantwortung), oder es politisch nicht mehr sinnvoll, bzw. das Verhältnis Risiko/Wirkung nicht mehr stimmig zu finden, oder einfach die Angst und den Psychostress und andre Unannehmlichkeiten von militantem Alltag nicht mehr länger mitmachen zu wollen.
Meist spielen mehrere dieser Gründe zusammen, doch oft wird damit nicht offen umgegangen, die politischen werden angeführt, von den persönlichen wird geschwiegen (weil's oft nicht so leicht zu akzeptieren ist und auch etwas am Selbstvertrauen kratzt, von frühern Vorstellungen und Ansprüchen Abschied zu nehmen).
In so eine Situation platzen andere, versuchen sich an einer Aktion, die vom Angriffsziel her nicht zu kritisieren ist, und scheitern, aufgrund dummer Zufälle und aufgrund von eigenen Fehlern und Fehleinschätzungen. Die Konsequenzen (ungeahnten Ausmasses) donnern über alle hinweg, auch über die, die sich anders entschieden haben. Tja, und da liegt es eben doch sehr nahe, mit Wut und Abwehr zu reagieren und die Verantwortung auf andere abzuwälzen.
Hier aber läßt sich die Kritik, die sich im ersten Teil an die Militanten richtete, das "Umfeld" nicht genügend in die eigenen Überlegungen miteinbezogen zu haben, nun auch an die andere Seite richten. Solange wir uns individuell, oder als kleine

Gruppe, gegen militante Aktionen entscheiden, können wir nicht davon ausgehen, daß sich all die andern um uns auch so entscheiden, d.h. wir müssen uns auch weiterhin einen Kopf darum machen, wie wir mit Repression umgehen, was Abtauchen für uns heißt etc. Und solange wir uns als Teil einer linksradikalen Szene begreifen, die sich die Wahl der Mittel nicht vorschreiben läßt, die sich die Option auf direkte Angriffe nicht nehmen läßt, solange müssen wir auch politisch die Verantwortung für das übernehmen, was solche Angriffe an Repression auslösen, und können die Verantwortung nicht allein auf die abwälzen, die sich zu bestimmten Aktionen entschlossen haben.
Dazu ein Zitat aus dem Papier "Selbstverständnis einer militanten Gruppe" (Interim Nr. 388, S.16, Abschnitt 4, Praktische Distanz zu Militanz?): "Wenn wir die Prämisse von der Militanz als integralem Bestandteil revolutionärer Politik setzen, ist die Frage der "praktischen Distanz" zu militantem Vorgehen nicht allein an militante AktivistInnen zu richten. Linksradikale, die eine "praktische Distanz" zu Militanz verspüren, und damit nicht nur ein zeitlich befristetes Aussetzen meinen, sondern sich generell davon abwenden und ihr gar die Legitimation absprechen, sind umgekehrt durchaus nach der Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements zu fragen."

3) die "Würde"
Die Gruppe "Wider den Knick" schreibt in ihrem Papier: "Wer sich stellt, beschädigt sich selbst, er/sie verliert den Respekt anderer und den Respekt vor sich selbst. In den Worten lateinamerikanischer GenossInnen, die sehr großes Gewicht drauf legen: Du verlierst deine Würde."
Nun, das ist der Abschnitt in deren Text, der mich am meisten wütend gemacht hat. Es gibt die unterschiedlichsten Voraussetzungen und Gründe, weswegen sich Leute stellen. Die einen sind durch die veränderte Verfahrenslage nur noch von wenig Knaststrafe bedroht und das Leben im Exil erscheint ihnen fremdbestimmter und aufgezwungner als ein Sich-Stellen. Andere sehen keine andere Möglichkeit der RAF-Killer-Fahndung zu entkommen. Sicher, diese Leute gehen Kompromisse ein, aber ist es nicht etwas dick aufgetragen, denen gleich Würde und Respekt abzusprechen?
Ich finde, ihr habt einen sehr dogmatischen und eingeschränkten Begriff, von dem was "Würde" sein soll. Eine Vorstellung, wonach mensch eine Würde hat, die sie/er unwiderruflich verliert, wenn mensch sich den Bullen gegenüber nicht eindeutig verhält. Das ist ein sehr eingeengter Blick. Ich denke eher, daß es im ganzen Leben immer wieder Situationen gibt (und nicht nur im Zusammenhang mit der Staatsgewalt), wo wir unsre Würde zu verteidigen haben, und je nach Biographie und Geschlecht haben mir mehr oder weniger Situationen hinter uns, wo wir uns nicht so verhalten haben /konnten, wie wir's richtig gefunden hätten, wo wir schwach waren, feige, Ohnmacht erlebt und (uns) erniedrigt haben/wurden, und uns hinterher mühsam wieder unsre Würde erkämpfen/erarbeiten mußten.
So kompromißlos wie ihr urteilt, wird das Verhalten vor Gericht, gegenüber Bullen und Justiz zu dem Maß-Stab unsrer Identität, erscheint als etwas nicht wieder Gutzumachendes und die ganzen Miesheiten, Feigheiten, das Kuschen im privaten und alltäglichen Bereich geraten aus dem Blickfeld.
Sicher, das Sich-Stellen kann eine sehr "unwürdige" und erniedrigende Situation sein (vor allem wenn's aus einer krassen Schwäche- oder Ohnmachtsposition erfolgt), und sicher ist es immer wieder wichtig, Bullen und Justiz so wenig wie möglich entgegenzukommen, sich möglichst nicht freiwillig zu stellen, keine Aussagen zu machen (und solche, die andere belasten, auf gar keinen Fall!).
Aber leider gibt es immer wieder Situationen, wo die Leute sich anders entscheiden,



wo sie zuviel Angst haben oder kein Risiko eingehen wollen (die autonome Prozeß-Geschichte ist voll davon). Mit diesen Schwächen und Unzulänglichkeiten müssen wir wohl oder übel umgehen. Je offner damit umgegangen wird, desto kleiner der Schaden, der dadurch entsteht.
Und auch die Abgetauchten werden immer wieder vor Situationen stehen, wo sie um ihren Respekt kämpfen müssen. z.B. wenn der Flucht ärgerliche Fehler vorausgegangen sind. Oder wenn sich das Abtauchen als sehr schwierig und belastend rausstellt, sie an ihre eigenen Grenzen stossen und die Frage des Sich-Stellens wieder auftaucht. Oder wenn sich Beziehungen entwickeln zu Leuten, die nicht Bescheid wissen und nicht eingeweiht werden können, also ein grosser Teil einer Beziehung auf einer Legende, einer Art Lüge, beruht.

4) Fazit:
Nun, was sollte das Ganze? Mir geht's um mehrere Dinge: als erstes fänd ich's gut, wenn in der gesamten Diskussion ums Abtauchen vermehrt das sogenannte "Umfeld" der Abgetauchten ins Blickfeld gerät und sich selbst dazu äußern würde (soweit das halt in einem nicht abgeschlossenen Verfahren der Fall sein kann).
Wie die Verfolgten Flucht und Exil erleben, hängt zu einem grossen Teil von deren Umfeld ab, z.B. wie die Leute in der Lage sind, weiterhin Kontakte und Kommunikation aufrechtzuerhalten, und sich die Verfolgten nicht so abgeschnitten und alleine fühlen.
Ich fänd's auch gut, wenn in der Geschichten des militanten Widerstands vermehrt das Auge auf die Schwierigkeiten und Schwachstellen, die sich immer wieder auftun, gelegt würde. Wir scheitern ja nicht einfach an der Repression, sondern eben genau daran, daß sie doch immer wieder Auswirkungen auf uns hat. Oder weil wir Fehler machen, die den Bullen überhaupt ein Eingangstor öffnen. Leider ist dies alles viel zu wenig Thema.
In dem Zusammenhang fällt mir auch das Papier der Roten Zora "Milli's Tanz auf dem Eis" ein, wo der überaus spannende Abschnitt, warum sie nach der Repressionswelle 1987 sieben Jahre lang nix von sich haben hören lassen, warum welche ausgestiegen sind und mit welchen "menschlichen" Problemen sie zu kämpfen hatten, leider auch ziemlich knapp ausgefallen ist.
Nicht wenige der Gründe für unsere Probleme und unser Scheitern sind im psychologischen Bereich zu suchen, bei den ganzen Gefühlen, Ängsten und dem Mißtrauen, das uns und den andern das Leben schwer macht, und einer konstruktiven Zusammenarbeit und Auseinandersetzung im Wege steht.

Okay, das war's! Ich freue mich auf Reaktionen!

Urmel aus dem Eis

Anhang (Papiere, die im Text erwähnt werden und die es sich zu lesen lohnt, und wo die zu finden sind):

- "Von der Bürde und Würde.." u.a., Radi Nr. 153 11/95
- "Abtauchen und Leben in der Illegalität" u.a., Radi Nr. 150 7/94
- Kassiber Nr. 29 Sept.96
- Konkret 9/96, 1/97
- Radikale Zeiten
- "Selbstporträt einer militanten Gruppe", Interim 388, 13.9.96
- Milli's Tanz auf dem Eis (Broschüre der Roten Zora)

Zur Durchsuchung der Manteuffelstr.90

Dunkel war`s, der Komet schien helle, als um die Ecke blitzeschnelle, eine Hundertschaft bog.

Am Samstag den 22.3.1997 um 19.30 Uhr wurde die Manteuffelstr.90 mal wieder von einer Hundertschaft Bereitschafsbullerei und Landeskriminalamt durchsucht. Der genannte Grund der Durchsuchung war laut BGH-Beschluß "Verdacht der Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung RADIKAL" und "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" gegen einen Bewohner.

Was war geschehen?

Am selbigen Tag um 3.00 Uhr morgens wurden zwei Männer und ihr PKW bei einer Verkehrskontrolle in Münster von Streifencops durchsucht. Gefunden wurden bei ihnen 680 Broschüren einer Dokumentation kriminalisierter Texte aus der Untergrunddruckschrift RADIKAL. Als Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes geben sich auf Seite 1 ca. 40 bekanntere und unbekanntere Personen und Gruppen zu erkennen und weisen darauf hin, daß sie weder eine noch "die" Radikalredaktion sind.
Diese Verantwortlichkeit von Personen spricht bereits ausdrücklich gegen die sonst wohl übliche RADIKAL-Herstellungsart. Dies wurde allerdings beflissentlich von den Verfolgungsbehörden übersehen.

Durch den sehr einfach gestrickten Gedanken "wo Radikal draufsteht ist auch Radikal drin", folgten neben der obigen noch zwei weiter Durchsuchungen in Berlin. Es gab größere Schäden durch die Beschlagnahme wichtiger Arbeitsgeräte wie PC's u.ä.und Verwüstungen durch die Bereitsschaftscops und LKAlerInnen in den betroffenen Wohnungen.

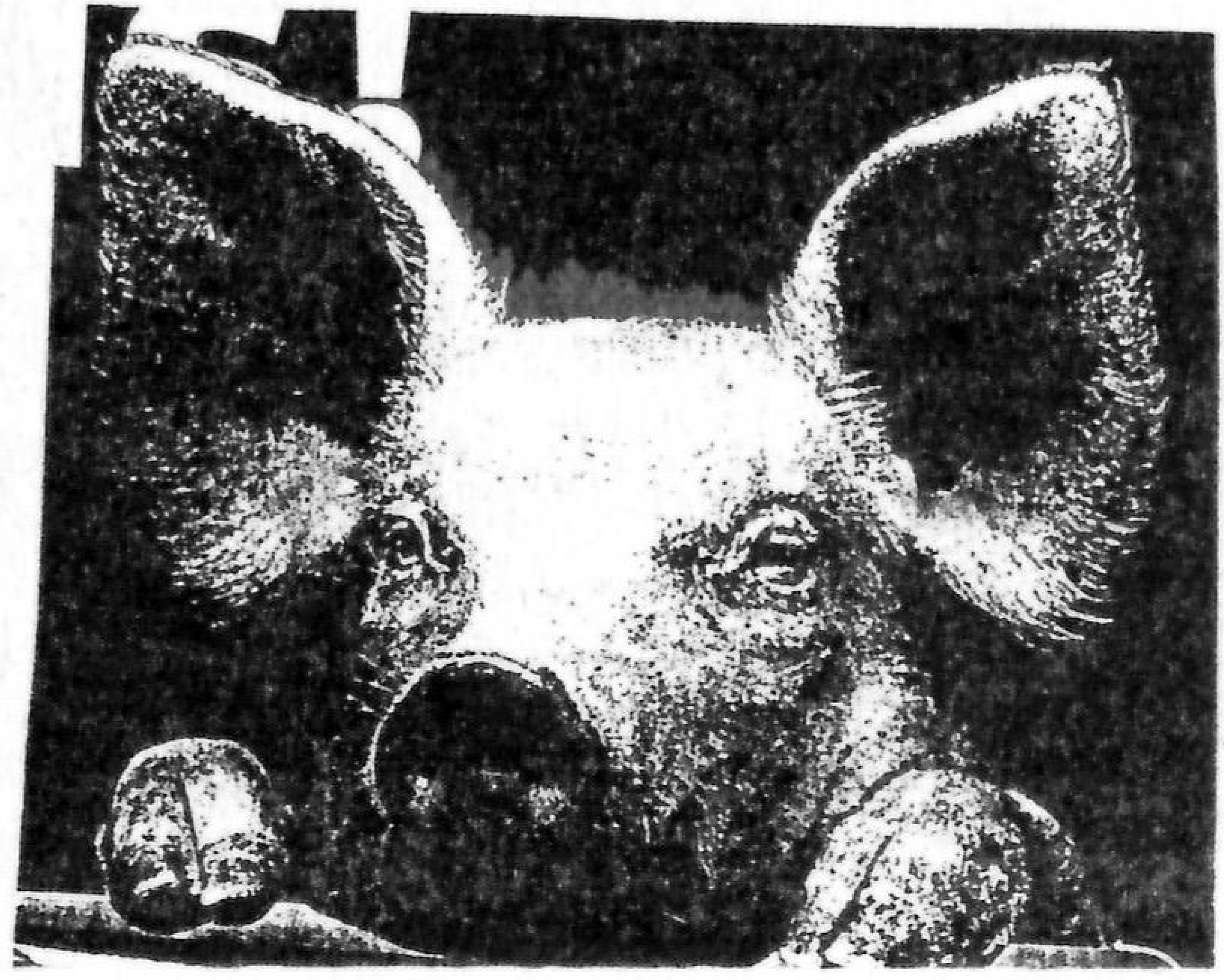
Da unser Haus durch das K.O.M.I.T.E.E. - Verfahren bei BGH und BAW bekannt ist, war dies wohl zusätzlich auch ein Anreiz, die Durchsuchungen anzuordnen. Für sie ein günstiger Vorwand, sich wieder mal einen aktuellen Überblick über die derzeitige Wohnstruktur zu verschaffen.

Insgesamt waren die Adressen der Durchsuchungen politisch sicher sehr reizvoll, denn wann haben die Schergen schon einmal die Möglichkeit unbeaufsichtigt in ein PDS-Büro einzureiten? Oder einen Hauptbeschuldigten aus dem Radikal- Verfahren einmal in die zum Prozeß notwendigen Verteidigungsunterlagen zu gucken?

Besondes stolz scheinen die Herren des Morgengrauens auf ihre - juristisch im übrigen fragwürdige - Superaktion wohl selbst nicht gewesen zu sein. Ansonsten hätten sie ihren Raubzug propagandistisch wohl mit mehr Effekthascherei in die Presse gebracht.

Na Herr Wolst (Robenknecht beim BGH), der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.

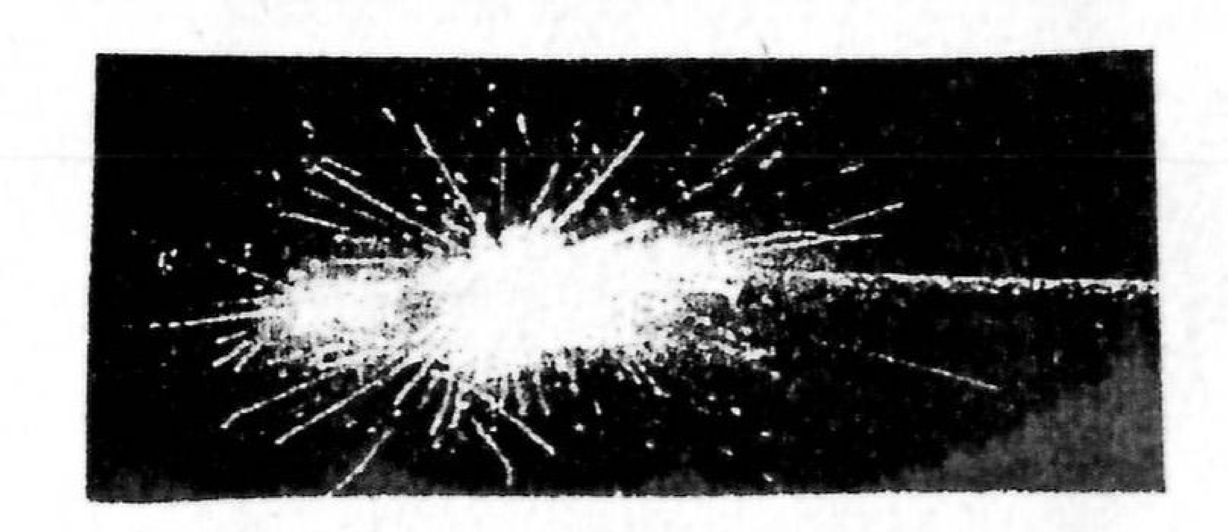
Nähmen Sie selbigen und gähän Sie...!



Bewohner und Bewohnerinnen der
Manteuffelstr. 90

21. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

BUKO 29. MAI - 1. JUNI 1997 IN PADERBORN



gegenmacht von UNTEN

MISSION: IMPOSSIBLE?

Fühlen auch Sie sich müde und abgespannt? Pleite und unzufrieden? Politisch frustriert von den miesen Verhältnissen und der scheinbaren Unmöglichkeit, sie zu ändern? Sie haben es mit Aspirin versucht, die Schuldenberatung aufgesucht, ihr Sexualleben durch Tantra-Kurse belebt, und es hat alles nichts geholfen? Ja, haben Sie es schon mit *Gegenmacht von unten* probiert?

Das geht nicht, sagen Sie? Alles zu versteinert? Alles so unsicher geworden? Und wenn Sie sich so umsehen, mit wem sollten Sie noch auf einen gemeinsamen Nenner kommen, geschweige denn Gegenmacht aufbauen? Sie machen jetzt noch ein bißchen lokale Agenda 21, schicken Ihre alte Nähmaschine nach Kurdistan, sehen die Karrieretips für Frauen durch und um den Rest sollen sich dann Ihre Enkelinnen und Enkel kümmern - so ungefähr?

Also, wir finden das etwas vorschnell. Auch zu bequem für diese Leute, die heute nicht mehr Imperialisten heißen, aber irgendwie immer noch da sind. Man verbreitet ganz viel politische Langeweile, ruft das Ende der Geschichte aus, stürmt ein paar liebgewordene Projekte, nimmt den Armen und gibt den Reichen, und nichts rührt sich mehr? Wenn es so einfach geht, dann machen die das in **Zukunft** immer so!

Natürlich sind die alten James Bonds nicht mehr da. Ist vielleicht auch besser so. Zuviel männlicher Heroismus. Zuviel Fortschrittsgläubigkeit. Schade um die kleinen Bonmots, aber nicht zu ändern. Wenn wir zusammen die Labors der Emanzipation durchgehen, werden Sie uns recht geben: vieles von den alten Ausrüstungsgegenständen ist nicht mehr zu gebrauchen. Diese Republik ist ein Kaugummi, wo Sie das rote gegen das grüne Ende solange aufeinanderdrücken können, wie Sie wollen, es wird nichts explodieren. Aber wenn Sie uns vielleicht in unsere Foren folgen wollen ...

Wenn jetzt das Telefon klingelt, sehen Sie sich nicht um: Es ist für Sie. Wer, wenn nicht Sie könnte gemeint sein? **Das ist *Ihre* Mission.** Gehen Sie in eine öffentliche Telefonzelle und wählen Sie 040-393156. Ihr Kennwort lautet „Anmeldung". Reisen Sie unauffällig nach Paderborn. Ihre Fahrtkosten werden Sie anteilig erstattet bekommen.

Dieses Flugblatt zerstört sich in fünf Sekunden selbst, wenn Sie nicht den umseitigen Coupon ausfüllen und abschicken. Kaufen Sie sich eine Skimütze.





FORUM 1

Internationale Solidarität

1. Internationale Solidarität im Zeichen kapitalistischer Globalisierung mit ihren sich verschärfenden sozialen, rassistischen und geschlechtlichen Aufspaltungen heißt in jeder Hinsicht Grenzen zu überschreiten. Emanzipation und Selbstbestimmung kann nur gelingen auf der Grundlage würdiger und gerechter Lebensbedingungen für *alle* Menschen auf der Erde.

2. Eine Vielfalt der Handlungsansätze ist nicht behindernd, sondern notwendig (Öffentlichkeits-, Lobby-, Projekt- und Kampagnenarbeit usw.). Eine große Herausforderung besteht darin, neue Wege des lokalen und internationalen Austausches zu finden, sich zuzuhören und voneinander zu lernen - die medialen, kulturellen und politischen Mauern einzureißen. Wir brauchen frischen Wind in Sprache und Begrifflichkeiten, um die Grundlagen der vorherrschenden Formen des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen Organisation in Frage stellen zu können (z.B. Konkurrenz, Geld, Bedürfnisse usw.) und Veränderungen attraktiver zu machen. Es geht zunächst nicht um politische Programmatik und Strategie, sondern darum, erst wieder die Bedingungen für radikale, revolutionäre Veränderungen zu schaffen, die nur mit Mehrheiten zu machen sind.

3. Ein nicht-hierarchisches Netz für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus weltweit (Treffen, Rundbriefe, Zeitschriften, Radio, Demos, Umfragen, elektronische Post), das mit gemeinsam koordinierten Aktionen wächst und in Austausch miteinander tritt, wäre keine Organisation, aber auch mehr als nur ein Bild, ein Symbol - vielleicht eher eine »Hängematte« (Gustavo Esteva) auf dem Grundkonsens der Würde sowie der Verwirklichung individueller, sozialer und kollektiver Grundrechte aller.

Dies sind nur einige, von den Zapatistas in Mexiko und den von ihnen ausgelösten Diskussionen ausgehende Ideen zu einer neuen internationalen Solidarität. Andere TeilnehmerInnen des Forums werden andere haben. Am Ende sollen möglichst konkrete Vorschläge für einen »internationalistischeren« BUKO stehen.

Geplant sind Arbeitsgruppen zu Chiapas und zu Nigeria, zum Verhältnis von Solidaritätsarbeit und Befreiungsbewegungen am Beispiel Kurdistan, zu Saatguterhaltungsinitiativen in Bolivien und zu den Euromärschen gegen Erwerbslosigkeit.

Den Norden abwickeln

Die Flut von Ökobilanzen, runden Tischen und quotierten Redelisten ist sinnlos. Der Dreh- und Angelpunkt ist nicht falsche Technik, ungenügende Aufklärung oder zuwenig Mitreden, sondern der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit. Das entscheidende Kriterium ist, ob dieser

FORUM 2

Zugriff gesteigert oder zurückgedrängt (abgewickelt) wird - gute Zwecke sind keine Entschuldigung.

1. Quotierung und Gleichberechtigung begünstigen den Zugriff auf weibliche Natur und Arbeit. Um die männliche Intervention zu brechen, bedarf es weiblicher Autorität.

2. Small ist nicht automatisch beautiful - schon gar nicht, wenn die kleinen, dezentralen Einheiten weiter für den globalen Sektor arbeiten und liefern, oder in seiner Denkweise verhaftet bleiben. Weder Regionalisierung noch das selbstorganisierte Projekt sind daher ein Wert für sich.

3. Arbeit und Einkommen *sind* entkoppelt! Wer am meisten arbeitet, verdient am wenigsten Geld: Frauen, Besitzlose in der Dritten Welt, Illegalisierte in den Metropolen. Was es abzuwickeln gilt, sind die Privilegien der formalen Arbeit. Das gilt für das Sozialsystem wie für die patriarchale Kleinfamilie und für die Projekte.

4. Es gibt keine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen ohne eine Aneignung von uns selbst und der Beziehungen zwischen uns. Die Kolonisierung durch die herrschenden Verhältnisse läßt sich nicht individuell abschütteln, sondern muß kollektiv abgewickelt werden. Dafür ist Organisierung notwendig.

5. Eines der hervorstechendsten Merkmale der herrschenden Verhältnisse ist ihre extreme Langeweile. Das liegt an der Determiniertheit der Beziehungen und Strukturen. Und es liegt daran, daß wir uns selbst keine Gestaltungsmacht aneignen. Solange wir überall nur »partiell anwesend« sind, uns nur gebremst einbringen, kann diese Ödnis nicht aufgebrochen werden.

Geplante Arbeitsgruppen:

- Nach dem großen Gähnen. Postpatriarchale Betrachtungen
- »Dem Imperium keinen Tribut mehr zahlen«. Region und Widerstand
- Der freie Raum. Organisierter Widerstand - widerständige Organisationen
- »Vertrauen Sie niemandem!«. Abwicklung für AnfängerInnen

FORUM 3

Rechtlos auf Arbeit

Globalisierung des Arbeitsmarktes bedeutet vor allem: Weltweit wird heute versucht, die Lohnkosten dem niedrigsten Niveau anzunähern. Immer größeren Teilen der arbeitenden Bevölkerung wird eine vertraglich gesicherte, feste Anstellung verwehrt. Illegale Arbeitsverhältnisse, ungesicherte Tätigkeiten, Scheinselbständigkeit, Heim- und Zeitarbeit nehmen zu, der informelle Sektor boomt. Produktionsstandorte werden dorthin verlagert, wo es sich am günstigsten produzieren läßt. Oder das Kapital holt sich die passenden Arbeitskräfte auch über Tausende von Kilometern dorthin, wo es sie braucht.

Die Arbeitsgruppen sollen zeigen, daß im Spannungsfeld zwischen Betriebsverlagerungen und Arbeitsmigration nicht nur viele Widersprüche, sondern auch Erfahrungen praktischer internationaler Solidarität existieren. Geplant ist, Leute aus Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, internationalen Betriebsräten, Sozialbündnissen und Internationalismusgruppen an der Diskussion zu beteiligen.

Geplante Arbeitsgruppen

- Alternativen zum Standortpatriotismus: Produktionsverlagerungen, Arbeitsmigration und internationale Solidarität

Produktionsverlagerungen über Grenzen hinweg und Arbeitsmigration sind zwei Seiten einer Medaille, mit der die Kapitalisten möglichst niedrige Löhne und deregulierte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen. Beide Seiten erfordern ein neues Verständnis von internationaler Solidarität, das auf Seiten der Gewerkschaften kaum vorhanden ist. Die bisher diskutierten



Forderungen nach sozialen Mindeststandards, Entsendegesetzen usw. erscheinen problematisch, denn sie verunmöglichen nicht nur den Prekarisierten und Marginalisierten das Überleben. Sie sind im weltweiten Maßstab auch nur finanzierbar durch die fortwährende Ausbeutung der trikontinentalen Ressourcen an Mensch und Natur.

- Kämpfe und (Selbst-) Organisation prekarisierter und illegalisierter ArbeiterInnen

Obwohl prekäre Beschäftigung ein immer bedeutsameres Element - auch in unserer Klassenrealität - ist, werden prekär Beschäftigte kaum wahrgenommen. Selbstorganisationsversuche sind mühselig und wenig bekannt. Außerbetriebliche und außergewerkschaftliche Strukturen spielen eine immer wichtigere Rolle. Selbstorganisation findet im Stadtteil, in der Community, in der Nähe der Reproduktion statt. Hier ist am ehesten die notwendige soziale und politische Aneignung von Räumen möglich.

FORUM 4

Existenzrecht und solidarische Netze

Was die minimale Grundvoraussetzung menschlichen (Über)Lebens zu sein scheint, hat sich in weiten Teilen der Welt in eine Maximalforderung verwandelt: das fundamentale Recht aller Menschen auf eine gesicherte Existenz. Gegen die ausschließende neoliberale Logik von Profitmaximierung, Produktivismus und Leistungsethos wollen wir über neue Formen (moralischer) Ökonomie diskutieren.

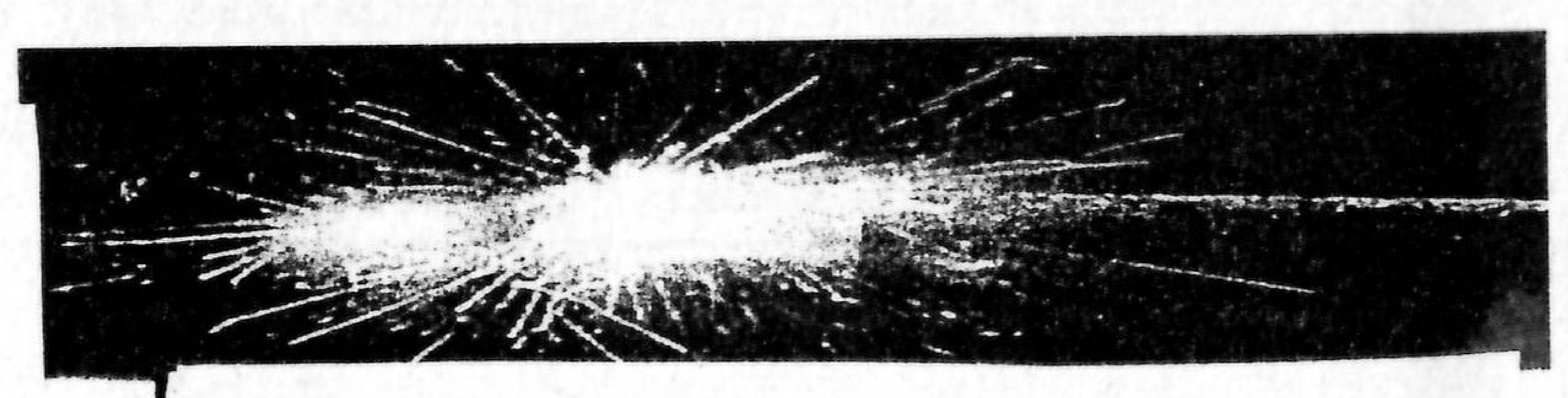
1. Knapp sind nicht die gesellschaftlich produzierten Güter, verknappt wurden die Möglichkeiten des Zugangs zu ihnen. Wir treten demgegenüber für die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, für den gleichberechtigten, egalitären Zugang aller Menschen zu den gesellschaftlichen Ressourcen ein, und zwar unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Erwerbsbiographie.

2. Unser Bezugspunkt ist nicht die Verteidigung des klassischen Sozialstaats. Dieser ist in seiner Ableitung vom (männlichen) Normalarbeitsverhältnis selbst patriarchal und ausschließend strukturiert. Was wir wollen, ist etwas ganz anderes: nämlich eine umfassende Aneignungsperspektive von unten. Nur in diesem Rahmen lassen sich Einkommensforderungen an den Staat, Existenzgelddebatte etc. von rechten Modellen der Grundsicherung abgrenzen.

3. Notwendig ist weiterhin eine Auseinandersetzung über die konkrete Gestalt der produzierten Gebrauchswerte. So brauchen »wir« weder Castor noch Transrapid, sehr wohl aber beispielsweise ein billiges und funktionierendes Nahverkehrssystem.

4. Wir erleben eine Renaissance von Sozialpolitik als Sozialhygiene, die nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft. Dagegen setzen wir unseren Widerstand gegen alle Formen sozialer Ausgrenzung, die Verteidigung von Bewegungsspielräumen sowie die Solidarität mit allen Marginalisierten, Stigmatisierten und »Unproduktiven«.

5. Wir halten den Aufbau selbstorganisierter Strukturen und solidarischer Netze für unabdingbar. Die sozialen Bewegungen verfügen diesbezüglich über einen großen Schatz praktischer Erfahrungen - von der Alternativökonomie bis zu den Tauschringen, von Frauenhäusern bis zu Aktion-Zuflucht-Initiativen. Wir wollen diese Projekte in ihren Ambivalenzen diskutieren: in ihrer Abhängigkeit von Marktmechanismen und Staatsknete, in den Schwierigkeiten, ihre inneren Emanzipationsansprüche umzusetzen.



Geplante Arbeitsgruppen:

- Formen der Existenzsicherung jenseits des Sozialstaats
- Praktische Erfahrungen aus den Sozialbündnissen
- Widerstand gegen Zonierung und Ausgrenzung
- Selbstorganisation und solidarische Netze
- Kommunebewegung und Hausbesetzung (Montevideo - Niederkaufungen - Hafenstraße)

FORUM 5

Emanzipation neu denken

Wer heute noch von menschlicher Freiheit redet, wird schnell mit Verweis auf die Grenzen des »Raumschiffs Erde« zurückgepfiffen. Wir nennen das die »ökologische Knute«. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem die sozialen Energien von Frauen auf die Schaffung eines »ökologisch korrekten« Privatlebens anstatt auf Autonomiestreben gelenkt werden. Parallel dazu läßt sich die modisch-postmoderne Entsorgung des »Alternativen« beobachten, die abschätzige Diskriminierung aller Versuche, andere Lebensformen, andere Naturverhältnisse, andere Freiheitsbegriffe als die der Yuppie-Gesellschaft zu erproben. Gegen beide Trends richtet sich dieses Forum.

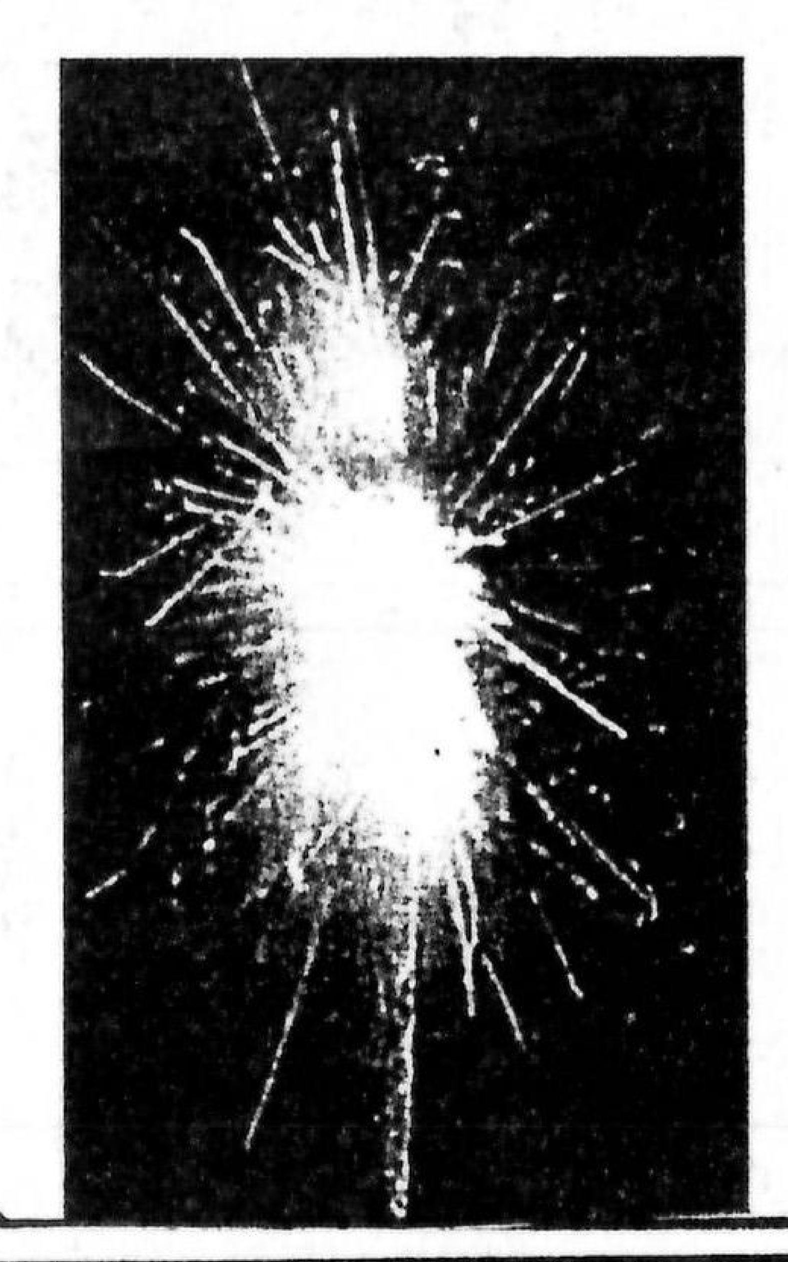
Ochsenthese: »Wenn wir uns alle wie Ochsen ins Zeug legen, auf daß wir Natur und Gesellschaft technisch immer besser kontrollieren, werden wir irgendwann auch frei werden«. Solche Heilsversprechen von »Fortschritt« und »Entwicklung« lenken uns vom Emanzipationsstreben im Hier und Jetzt ab. Emanzipation ist nur durch die Menschen selbst und ihre Praxis definierbar.

Wolfsthese: »Entreißen wir doch den Leitwölfen ›Kapital‹ und ›Staat‹ die Beute und verteilen sie um« — nun ja, was kümmert's die Beute? Auch das bestgemeinte Sozialbündnis ändert nichts daran, daß Verteilungskämpfe das Beutemachen voraussetzen – aber auch wer in Kommunen, food coops und Tauschringen nicht mit den Wölfen heult, stört sie deshalb noch lange nicht bei der Arbeit. »Politisierung der Subsistenz« hieße nicht nur, den eigenen Alltag möglichst unabhängig von den Leitwölfen zu gestalten, sondern auch, ihr Beutemachen aktiv zu verhindern.

Chamäleonthese: »Je effizienter wir uns organisieren, desto erfolgreicher werden wir sein«. Unsere Zurichtung auf die Funktionsmechanismen formaler Organisationen blockiert die Entfaltung sozialer Phantasie und Beziehungsfähigkeit. Sie läßt uns dem Herrschenden immer ähnlicher werden. Nötig wäre vielmehr die Entfaltung von Gegenkultur: gelebte Alternativen, soziale Beziehungsfähigkeit und nicht-patriarchale Kooperationsstrukturen.

Schafsthese: »Mit geklonten Schafen und Menschen in die schöne neue Welt«. Design-Schafe und die Vernichtung von Überlebens-Landwirtschaft gehen Hand in Hand und gewöhnen uns an die Alltäglichkeit der Katastrophe. Wir brauchen hingegen eine grundlegende Auseinandersetzung über unser Verständnis von Natur, Leben, Vernunft, Menschsein und Spiritualität.

Stachelschweinthese: »Von Natur aus sind Männer freiheitsliebend und Frauen fürsorglich«. Individuelle Autonomie und Verantwortung für andere und anderes werden im Patriarchat »arbeitsteilig« gemanagt: männliche Autonomie, weibliche Fürsorge; wissenschaftliche und unternehmerische Freiheit, familiäre Pflichten; Marsflüge auf der einen, Mülltrennung auf der anderen Seite. Freiheit und Verantwortung in sich selbst zu vereinen setzt voraus, sich gemeinsam dieser gesellschaftlichen Zwangszuweisung kollektiver Identitäten zu entziehen.

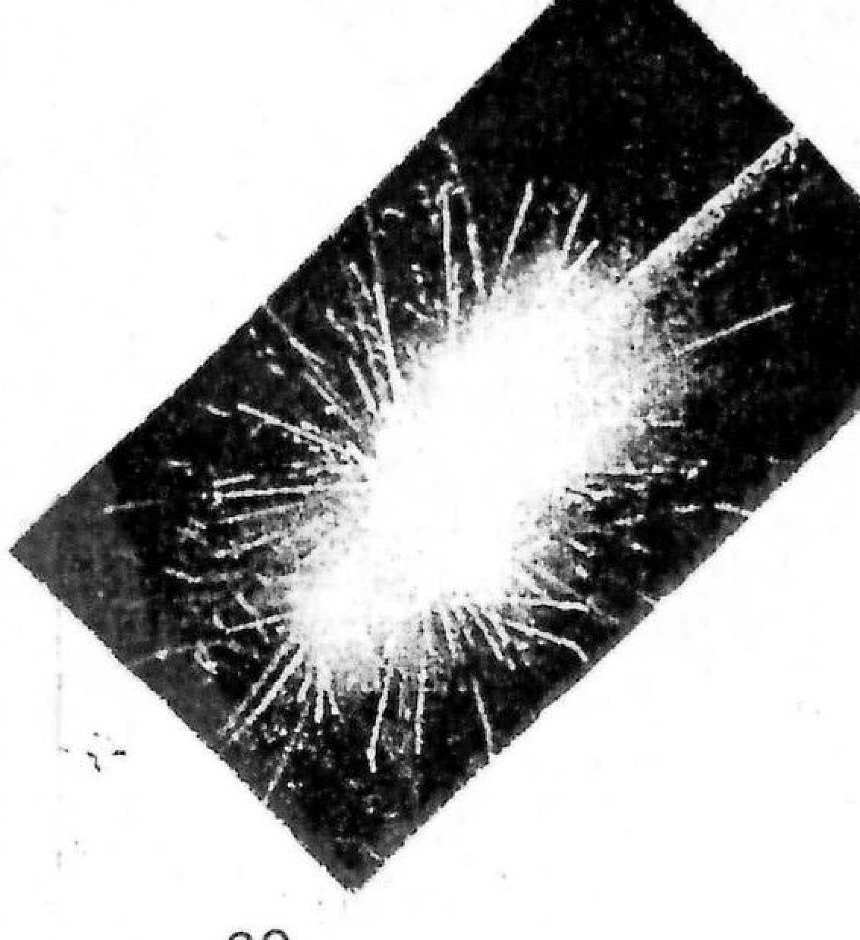


Der BUKO 21 will Perspektiven von »Gegenmacht« ausleuchten und diskutieren. Jede und jeder, der dies auch will, ist herzlich eingeladen. Remember: »This is *your* Mission«. Ort ist die **Universität zu Paderborn** (Warburgerstr. 100, 33098 Paderborn). Die **Anreise** sollte am Donnerstag, dem 29. Mai 1997, zwischen 13.00 und 15.00 Uhr erfolgen. Anschließend wird der Kongreß mit inhaltlichen Beiträgen eröffnet. Freitag und Samstag finden Diskussionen innerhalb der Foren und Arbeitsgruppen statt. Der Kongreß endet am Sonntag, den 1. Juni 1997, gegen 13.00 Uhr. Zu einer anschließenden **Kundgebung** am nahegelegenen Abschiebeknast in Büren wird ausdrücklich aufgerufen.

Der BUKO 21 ist keine verkopfte Veranstaltung. »**Kultur**« in ihrer vielfältigsten Form wird uns begleiten. Darüberhinaus werden in verschiedenen »**Salons**« Möglichkeiten geschaffen, daß Gruppen ihre Arbeit vorstellen und freie Diskussionen mit anderen führen können. Lassen Sie sich überraschen und melden Sie sich, falls Sie im Vorfeld aktiv werden wollen.

Auch Versuche von »Gegenmacht« brauchen Planung und kosten mitunter Geld. Also: Bitte den **Anmeldecoupon** möglichst **frühzeitig** ausfüllen und absenden (zumal sich dieses Flugblatt sonst selbst zerstört). Außerdem gelangt dann noch der Vorbereitungsreader pünktlich in Ihre Hände. Der **Teilnahmebeitrag** beträgt inclusive Unterkunft in Privatquartieren, Verpflegung und anteilige Fahrkostenerstattung DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für alle anderen TeilnehmerInnen. Bitte den entsprechenden Betrag **im voraus** auf das Konto des BUKO überweisen: Konto-Nr. 234389 bei der Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37.





BROSCHÜRE DER GRUPPE "ZUSAMMEN KÄMPFEN!"

ZUSAMMEN KÄMPFEN!
- eine Zwischenbilanz -

BERICHTE, FLUGBLÄTTER UND DISKUSSIONSBEITRÄGE AUS MÜNCHEN!

Preis: 2.-DM + Porto
Bestelladresse: ZUSAMMEN KÄMPFEN!
c/o Infoladen
Breisacherstr.12
81667 München
Fax: 089/4802006

Fatsa - der Traum von Land und Freiheit

15.April 19.30 Uhr Autonomes Zentrum Wuppertal

Für die 2. Veranstaltung der Reihe "Land und Freiheit" haben wir einen türkischen Antifaschisten eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Ereignisse in Fatsa, einem kleinen Städtchen an der türkischen Schwarzmeerküste. Fatsa wurde 1979 zum Symbol der Linken. Der Referent, der in dieser Zeit Gebietsverantwortlicher in der Schwarzmeerregion für eine revolutionäre Organisation war, wird über den einzigartigen Versuch berichten, in der Kleinstadt Fatsa den Traum von einer selbstverwalten sozialistischen Kommune zu verwirklichen. Zum Hoffnungsträger für die Linke wurde Fatsa, als der unabhängige Kandidat Fikri Sönmez im Oktober 1979 mit 70% aller Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde. Fikri wurde vor allem durch die Organisation Devrimci Yol unterstützt, die in Fatsa neben den offiziellen Strukturen Basiskomitees in jedem Stadtteil einrichtete, die die Verantwortung für die Sozial- und Gesundheitsversorgung übernahmen. Populär wurde Fikri durch die rigorose Bekämpfung des Glücksspiels und der Korruption. In den kurzen Monaten des Experiment zwischen Oktober 1979 und Juli 1980 geschahen in Fatsa "große Dinge". Mit vereinten Kräften wurden Straßen durch Sumpfgebiete gebaut und gleichzeitig dabei ein Volksfest veranstaltet. Konflikte wurden zugunsten der Armen und Unterpriviligierten geregelt. Die Bevölkerung hatte ungehinderten Zugang zu allen bürokratischen Einrichtungen und in den neugeschaffenen 11 Stadtteilkomitees wurde alle wesentlichen Entscheidungen getroffen.
Das demokratische Experiment wurde nach wenigen Monaten vom türkischen Militär und von den Mördern aus den Reihen der "Grauen Wölfe" blutig beendet. Die Militäroperation gegen Fatsa war der (gelungene) Testlauf für den Militärputsch vom September 1980. Keine der zahlreichen revolutionären Organisationen in der Türkei organisierte Solidarität, Fatsa als Modell für einen freiheitlichen Ausbruch aus der militarisierten Auseinandersetzung zwischen faschistischen Grauen Wölfen und den linken Organisationen, starb trotz der relativen Stärke der revolutionären Kräfte. Der röte Bürgermeister verschwand im Gefängnis und wurde zu Tode gefoltert. 759 Fatsaner wurden vor Gericht gestellt.
Die Veranstaltung zu Fatsa ist die zweite Veranstaltung der Reihe "Land und Freiheit". Ausgehend von der politischen Losung der Zapatistas in Mexiko "Land und Freiheit" hat sich weltweit eine Auseinandersetzung mit den Zielen dieser neuen Bewegung entwickelt.. Nicht Machteroberung, nicht die Diktatur des Proletariats ist das Ziel, sondern direkte Demokratie und eine Orientierung auf eine direkte Verbesserung der Lebensbedingungen, für die Durchsetzung eines würdevollen Lebens.
Der Schritt zum Aufstand in Mexiko durch die kleine Gruppe der Zapatistas hat nicht nur in Mexiko vieles verändert, auch in den Industrieländern formierten sich überall Gruppen und Einzelpersonen, die sich bemühten, Solidarität mit dieser "neuen "Form von Befreiungsbewegung zu organisieren und es es gab und gibt den Versuch , die Suche nach einer menschlichen Gesellschaft, die sich aus den Fängen des Neoliberalismus befreien will, fortzusetzen und die Ideen weiterzutragen in die hiesigen Auseinandersetzungen und einzubeziehen in die eigenen Lebenssituationen.
"Land und Freiheit", und besonders die Forderung nach einem Leben in Würde und Selbstbestimmung waren auch in der Vergangenheit die Grundlage für jeden Versuch sich von der Herrschaft zu emanzipieren. Die Erfahrungen aus alten Kämpfen und sozialen Auseinandersetzungen gilt es deshalb sich kritisch anzueignen.
Dabei wollen wir diejenigen fragen, denjenigen zuhören, die aus diesen (verlorenen) Kämpfen kommen und natürlich zusammen in einen Dialog treten
Geplant sind weiterhin zwei Veranstaltungen zur Situation in Mexiko . Als Abschluß wird es im Oktober eine Zukunftswerkstatt geben, die konkret das politische Projekt "Land und Freiheit" auf die politische und soziale Situation in Wuppertal bzw. in dieser Region anwenden soll. Angefragt sind ReferentInnen aus der Autonomia- Bewegung in Italien, ehemalige politische Gefangene und Leute aus Kommuneprojekten.

Kontakt über Infoladen Wuppertal

DEMONSTRATION

am 3.Mai 1997 in Hameln

Treffpunkt: Busparkplatz hinter der Rattenfängerhalle, 13.00 Uhr.

Gegen das Bundestreffen der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR)

Vom 1. bis 4. Mai 1997 veranstaltet die DUR in Hameln ihren "Unitariertag". Zu diesem Zweck stellt die Stadt Hameln ihr das städtische Weserberglandzentrum zur Verfügung und der Oberstadtdirektor Werner Lichtenberg (SPD) richtete ein Grußwort an die völkisch-rassistische Sekte.



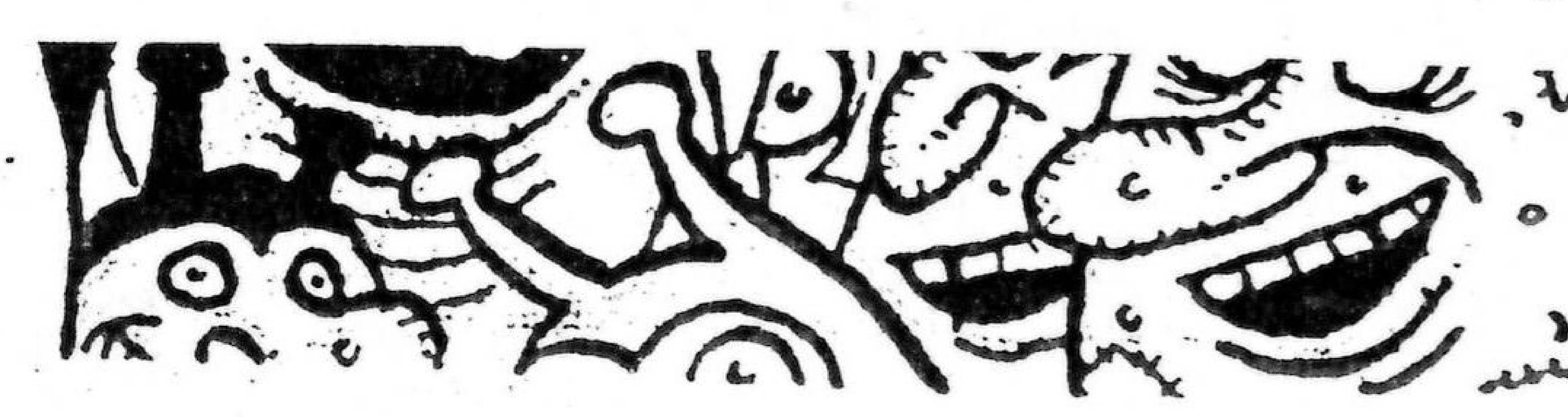
Die DUR wurde 1947 bei Hameln von hochrangigen Nazifunktionären gegründet. Sie grenzte sich von Beginn an von anderen unitarischen Glaubensgemeinschaften ab und verstand sich im Gegensatz zu ihnen als speziell deutsche, nicht-christliche Organisation. Zu ihren Gründern zählten z.B. Eberhard Achterberg, Hauptschriftleiter der von Alfred Rosenberg herausgegebenen "Nationalsozialistischen Monatshefte", Herbert Böhme, Mitglied der obersten SA-Führung, der NSDAP und Mitarbeiter in der Reichspropagandaleitung der NSDAP oder Marie-Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe, ehemalige Chefredakteurin von "Die Bauernschaft" des Auschwitz-Leugners Thies Christophersen. Doch nicht nur ihre Gründung zeigt die Traditionslinie von der Deutschen Glaubensbewegung um Jakob Wilhelm Hauer auf, in der diese völkisch, nationalistisch und rassistisch motivierte Gemeinschaft steht: Ihre Kontakte reichen weit hinein in die NPD, die "Republikaner" und das vom Verfassungsschutz Hamburg 1995 als "national-völkischer Kulturverein" bezeichneten "Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes". Ihre Räumlichkeiten stellte die DUR regelmäßig dem "Freundeskreis Filmkunst" (FKFK) und auch der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) zur Verfügung. Der FKFK war bis vor kurzem Mitbesitzer des "Heide-Heims" in Hetendorf, das von der mittlerweile verbotenen "Wiking Jugend" genutzt wurde und jährlich als Treffpunkt von Faschisten aus dem In- und Ausland während der "Hetendorfer Tagungswoche" dient. Die GfP wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz in derem jüngstem Bericht als "größte rechtsextreme Kulturvereinigung" bezeichnet.
In einem ofiziellen Publikationsorgan der DUR fand sich denn auch seinerzeit der Aufruf "Freiheit für Rudolf Heß", inhaftierter Kriegsverbrecher und Hitler-Stellvertreter.

Daß die DUR nachwievor zu ihrer Tradition steht, was sie durch die Ehrung ihrer Vorkämpfer, den Nachdruck von oder die Werbung für einschlagige rechte Literatur dokumentiert, faßte auch das Landgericht Berlin 1990 zusammen. Die DUR hatte erfolglos versucht, gegen auf sie gemünzte Bezeichnungen wie "Nazi-Sekte", "völkisch-rassitische Sekte" und "nazistische Tarnorganisation" gerichtlich vorzugehen. Ihre Kritiker überzieht sie regelmäßig mit juristischen Verfahren, um ihre Geschichte und Ideologie zu verschleiern und um sich in der Mitte der Gesellschaft etablieren zu können. Das Landgericht Berlin stellte hingegen fest, "daß bis in jüngste Vergangenheit beim Kläger [der DUR] in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben"

Wir wenden uns hiermit entschieden gegen die gesellschaftliche Aufwertung der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" und fordern alle menschen auf, sich unserem Protest anzuschliessen und öffentlich gegen dieses Treffen Stellung zu beziehen.

Keine Ruhe den Rassisten
- kein Verschweigen ihrer Ideologie
- kein Vergessen ihrer Taten.





am 1. März 1997

Nazi-Aufmarsch gestoppt

Beiträge zur Deckung der Druckkosten bitte auf das Konto beim Münchner Bündnis gg. Rassismus: Christiaan Boissevain Konto-Nr.: 71173520 bei Stadtsparkasse München Bankleitzahl 701-500 00 Vielen Dank!

Ist doch alles gut gelaufen, oder?

In Zukunft: Keinen Fußbreit den Faschisten hier und überall!

Am 1. März haben rund 15.000 Menschen den Marienplatz besetzt und im Tal den Naziaufmarsch gestoppt. Wir freuen uns, daß so viele Menschen sich nicht haben abschrecken lassen von Ministerpräsident Stoibers Drohung „Wir langen zu", von KVR-Chef Uhl, Polizeipräsident Koller und OB Ude. Die AntifaschistInnen haben genau das Richtige getan: Die Nazis gestoppt. Das zeigt: Die Nazi-GegnerInnen ließen sich nicht spalten in „Gute" und „Böse".

Tausende entschieden sich am Samstag, den 1. März zu handeln, wenn nötig auch gegen die Gesetze, um den Nazis die Straße nicht zu überlassen. Und zwar gemeinsam und trotz der Diffamierung im Vorfeld als „potentielle Störer", „Linksextremisten" und „autonome Gewalttäter" durch die strammen Rechten – Polizeipräsident Koller und KVR-Chef Uhl – und trotz der Gleichsetzung von Rechten und ihren GegnerInnen durch SPD-Oberbürgermeister Ude und seiner Aufforderung „nicht zum Marienplatz zu gehen". Nur weil genau dazu so viele Menschen bereit waren, ist der politische Skandal nicht noch größer geworden: Denn Reichskriegsflaggen und Naziparolen am Marienplatz, womöglich ein Angriff auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" wäre ein katastrophales Signal gewesen. Noch besser wäre es natürlich gewesen, den Naziaufmarsch bereits im Vorfeld zu verhindern. Oder wenn Tausende Menschen die Faschisten am Jakobsplatz erst gar nicht losmarschieren hätten lassen.

Unverantwortlich war es, am 1. März in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung" den größten Naziaufmarsch der Nachkriegsgeschichte zuzulassen. Über zwei Stunden marschierten militante Nazis durch die Straßen und verbreiteten ungestraft ihre Propaganda. Es ist ein Skandal, daß dies im Land der Täter, im Land der Shoa und des Vernichtungskrieges gegen andere Völker überhaupt stattfinden konnte. Und es ist ein Skandal im Land der Brandanschläge gegen Ausländer und Obdachlose, im Land des staatlich sanktionierten Rassismus gegen Nichtdeutsche.

Wir sagen: Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus! Kein Forum für alte und neue Nazis! Dafür zu sorgen ist unser aller Verantwortung im Land der Täter. Alles andere bedeutet: Eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus und die Vorbereitung neuer Nazigewalt.

Die Ereignisse am 1. März waren auch eine schallende Ohrfeige für Oberbürgermeister Ude von der SPD: Es hat sich gezeigt, daß das antifaschistische Bewußtsein der Münchner entschiedener war als das des Bürgermeisters. Tausende wollten den Naziaufmarsch verhindern und stoppen. Wenn es sein muß auch gegen Udes Verbot. Ude, der sich nicht scheut kurdische Neujahrsfeste pauschal zu verbieten, hat den Naziaufmarsch durch das KVR genehmigen lassen und hatte den Antifaschisten den Marienplatz verboten.

Politisch untragbar sind Polizeipräsident Koller und KVR-Chef Uhl: als Gastredner bei Veranstaltungen des Haider-Spezls und ultrarechten Manfred Brunner verhalfen sie seiner Partei, dem Bund Freier Bürger zum Einzug in den Stadtrat. Brunners Bund Freier Bürger hat gemeinsam mit der CSU und im Schulterschluß mit Rechtsradikalen und Nazis die Diffamierungskampagne gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" gestartet. Offen haben Koller und Uhl geäußert, worin sie das eigentliche Problem sehen: Die Ausstellung habe „Unfrieden gebracht". Am 1. März sprach Koller von „Kinderkreuzzügen" und bescheinigte der NPD eine gute Zusammenarbeit. Davon, daß die JN/NPD längst zum bundesweiten Sammelbecken militanter Nazikader geworden ist, will man in den Münchner Amtsstuben nichts wissen. Nur zu gerne hätte Uhl die Nazis zum Marienplatz geleitet - mit Polizeiknüppeln gegen Linke. Doch dazu sah sich selbst Polizeipräsident Koller an diesem Tag angesichts von 15.000 Menschen nicht in der Lage. Aber machen wir uns nichts vor: Wären wir weniger gewesen, dann hätte uns die Polizei weggeprügelt und danach wäre von „linksextremistischen Chaoten" die Rede gewesen. Diesmal waren es aber 15.000 – und so viele „linksextremistische Chaoten" darf es nun einmal einfach nicht geben, oder?

Leider haben Münchens Medien (bis auf die Abendzeitung) die Lügen vom angeblichen Erfolg und „taktischer Raffinesse" der Münchner Polizei kritiklos weiterverbreitet.

Wir freuen uns, daß bereits zur Kundgebung „Kein Naziaufmarsch in München" am Geschwister-Scholl-Platz um 11[00] Uhr über 7000 Menschen gekommen sind. Über 40 Gruppen und Organisationen hatten dazu aufgerufen. Bei der Abschlußkundgebung am Odeonsplatz waren gemeinsam mit der Antifaschistischen Aktion und vielen anderen über 10.000 Menschen. Viele zogen danach noch zur DGB-Kundgebung am Platz der Opfer des Nationalsozialismus: Viele Gewerkschafter haben sich über diese Unterstützung gefreut. Aber es ist politisch ärgerlich, daß die Tausenden, die von der Demonstration „kein Naziaufmarsch in München" kamen, von den DGB-Funktionären noch nicht einmal öffentlich begrüßt wurden. Der DGB hatte sich im Vorfeld geweigert, bei einem breiten antifaschistische Bündnis mitzuarbeiten: Der DGB sollte aus seinem Mobilisierungsmißerfolg lernen – Antifaschistische Einheit gegen den Faschismus ist besser als Sektierertum!

Stoppt Rassismus

In nächster Zeit wird einiges auf uns zukommen:

Die CDU/CSU wird einen rassistischen Bundestagswahlkampf führen. Angefangen hat sie das „Antirassistische Jahr 1997" der Europäischen Union in Deutschland bereits mit Kanthers Visumspflicht für Kinder ausländischer Eltern. Gauweiler überschwemmt die Münchner Haushalte in 300.000er Auflage mit einer rechtsradikalen Rechtfertigungs-Flugschrift. Und schließlich steht die bereits angekündigte Provokation im Raum: ausgerechnet am 1. Mai wollen die Nazis in Leipzig zu einem neuerlichen bundesweiten Treffen aufmarschieren.

Es gilt also, die Erfahrungen vom 1. März auszuwerten und zu nutzen, um verstärkt aktiv zu werden gegen Rassismus und Faschismus, um unsere Aktivitäten besser zu planen und zu koordinieren, die Mobilisierung zu verstärken und in den Stadtteilen, an Schulen und Unis solche Initiativen zu befördern und auf den Weg zu bringen, die nicht zuletzt eine wirksame Gegenwehr ermöglichen gegen immer häufiger auftretende Übergriffe auf Demokraten und Antifaschisten.

Um unsere Informationen und Erfahrungen auszutauschen, **laden wir ein zu einem**

antifaschistischen Treffen

am Mittwoch, den 16. April 1997 um 19[30] Uhr in den Räumen der IG, Hermann-Lingg-Straße 12, im großen Raum des Rückgebäudes. Nähe Hauptbahnhof, zu erreichen mit den Tram-Linien 18/19 (Haltestelle: Hermann-Lingg-Straße).

Denkt bitte daran: unsere Aktivitäten wie beispielsweise dieses Flugblatt kosten Geld. **Spenden sind dringend erwünscht auf unser Konto: Christiaan Boissevain, Kontonummer: 71173520, bei der Stadtsparkasse München (BLZ: 701 - 500 00)**

Herausgegeben vom **Münchner Bündnis gegen Rassismus**

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreer, Johann-von-Werthstraße 3, 80639 München. Eigendruck im Selbstverlag

Verschiedene Infos...



Hakenkrallen

2.4.1997

WERDER (ADN). Unbekannte haben am Dienstag morgen auf die Bahnstrecke Berlin-Hannover einen Anschlag verübt, der jedoch folgenlos blieb. Nach Polizeiangaben entdeckte gegen 6 Uhr 30 der Zugführer eines ICE nahe Werder/Havel eine Hakenkralle auf der Oberleitung des Gegengleises. Beim Absuchen des Geländes wurde eine zweite Hakenkralle gefunden. Beide hingen auf einem wegen Bauarbeiten stromlos geschalteten Teilabschnitt.

27.3.1997

Atom-Gegner blockieren Transport nach Morsleben

FLECHTINGEN/MORSLEBEN (dpa). 20 Atomkraftgegner haben am Mittwoch morgen in Flechtingen in Sachsen-Anhalt einen Atommülltransport ins Endlager Morsleben blockiert. Nach Aufforderung der Polizei gaben die Demonstranten die Ausfahrt frei, so daß ein erster Transport nach Morsleben abfahren konnte. Danach fuhren einige Demonstranten nach Morsleben, um die Zufahrt zum Endlager zu blockieren.

Tübingen

BesucherInnen der Schellingstr.6 haben eine als Alarmanlage getarnte Überwachungskamera enttarnt und unschädlich gemacht, mit der ihr Zentrum bespitzelt worden ist. Genauere Infos dazu sind im Ordner.

Anti-Antifa-Aktivitäten in Saarlouis

Am Mittwoch, 26.03.1997, wurden einige AntifaschistInnen gegen 18.00 Uhr vor dem Infoladen und kurze Zeit später beim Verlassen des Infoladens „Bambule" in Saarlouis von den uns bekannten Faschisten Strumpler aus Dillingen und Schlapal aus Saarlouis fotografiert. Sie waren mit Fahrrädern bis in die unmittelbare Nähe des Infoladens gelangt und konnten sich auch so wieder ungehindert entfernen. Die beiden Faschisten gehören zu einem organisierten Kern der Saarlouiser Faschoskin-Szene und sind seit Jahren aktiv.

Mit antifaschistischen Grüßen

ANTIFA SAARLOUIS

STICHWORT

Trilaterale Kommission hinter den Kulissen

„Gut informierte Personen, die nicht direkt in der Regierung arbeiten." So beschrieb David Rockefeller die 150 Mitglieder der „Trilateralen Kommission".

Der New Yorker Bankier gründete 1973 die exklusive Versammlung aus Großindustriellen, Politikern und Wissenschaftlern. Ihr Ziel: eine bessere Zusammenarbeit zwischen den USA, Europa und Japan auf der Basis einer liberalen Welt- und Wirtschaftsordnung.

Zur Zeit treffen sich die von konservativen Politikern oft als „geheime Weltregierung" kritisierten Trilateralisten in der japanischen Hauptstadt Tokio. Auf der Tagesordnung stehen die europäische Währungsunion sowie Fragen zur Sicherheit und der wirtschaftlichen Zukunft.

Vorsitzende der Konferenz sind der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), der ehemalige Präsident der US-Notenbank, Paul Volcker, und der Aufsichtsratsvorsitzende von Fuji Xerox, Yotaro Kobayashi. *leo*

Hacker greifen Bank mit Computer-Virus an

Deutsche Bank auf dem Prüfstand

HANNOVER (dpa). Ein Hacker-Angriff auf das Internet-Homebanking-Verfahren der Deutschen Bank mit einem Computer-Virus hat eine neue Debatte zum Verbraucherschutz für elektronische Bank-Überweisungen ausgelöst. Der Chaos Computer Club (CCC) hatte im Internet ein Programm verbreitet, das Transaktionsdaten manipulieren sollte. Dadurch sollten Geldüberweisungen beim Internet-Banking der Deutschen Bank und ihrer Tochter Bank 24 auf das Konto von Amnesty International umgeleitet werden. Nach CCC-Angaben habe Bank jedoch „zügig reagiert", so daß man nicht sagen könne, ob das Programm funktioniert habe.

Eierhandel gegen Eiwürfe auf Politiker. Mit Mißfallen werden Eierwürfe als Mittel des politischen Protests nicht nur von den beworfenen Politikern und Wirtschaftsführern betrachtet, sondern auch von Eierproduzenten und Tierschützern. Der Geschäftsführer der Bundesvereinigung des Eierhandels, Caspar von der Crone, bewertete den Mißbrauch von Eiern für politische Zwecke als „nicht besonders gut". Solange es hungernde Menschen gebe, löse die Verwendung von Eiern wie auch Tomaten für solche Zwecke Unbehagen aus, sagte Crone. Zu den Zielen des Protests mit Eiern zählten in jüngster Zeit der Krupp-Vorstandsvorsitzende Gerhard Cromme sowie die FDP. Ein Sprecher des Deutschen Tierschutzbundes wies darauf hin, daß rund 90 Prozent aller in Deutschland erzeugten und damit auch fast alle geworfenen Eier aus tierquälerischer Massentierhaltung stammten. Es sei ohnehin „nicht in Ordnung, daß Lebensmittel zerstört werden", betonte der Tierschützer. Umso bedauerlicher sei es, daß dafür vorher Tiere leiden mußten. AFP

Ladenklau kostet 4,5 Mrd. DM

KÖLN (AFP) In deutschen Kaufhäusern und Geschäften ist 1996 für rund 4,5 Mrd. DM geklaut worden. Wie der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) am Mittwoch in Köln mitteilte, ergibt sich das aus einer Hochrechnung der bundesweit 656 000 erfaßten Ladendiebstähle zuzüglich der Dunkelziffer. Die Summe entspricht nach HDE-Berechnung den Personalkosten von 70 000 Arbeitsplätzen im Einzelhandel. Für die Warensicherung wurden im selben Zeitraum 1,5 Mrd. DM aufgewandt.

Waffengräber nähren Amazonen-Mythos

LONDON (dpa). Amazonen, die sagenhaften weiblichen Krieger der Antike, über die schon Herodot um 450 vor Christus in Reiseerzählungen vom Schwarzen Meer berichtete, haben Forschern zufolge im heutigen Südrußland gelebt. Amerikanische und russische Archäologen fanden nahe der Stadt Pokrowka zahlreiche Frauen-Gräber mit Waffenbeigaben wie Schwertern, Pfeilspitzen und Dolchen. Das berichtet das Wissenschaftsmagazin „New Scientist" in der neuesten Ausgabe (Nr. 2268). Wie die Ausgrabungen belegten, gehörten die Frauen den Kulturen von Sauromatien und Sarmatien zwischen 600 und 200 vor Christus an.

REPRESSION GEGEN SELBSTBESTIMMTE PROJEKTE IN FREIBERG

Am Mittwoch, dem 19.März 97 wurde auf das AZ BARRIKADE in Freiberg ein Brandanschlag verübt. Der Brand, welcher kaum Schaden angerichtet hat (ca 3m² Saalfußboden angeschmort), wurde um 14 Uhr von NachbarInnen bemerkt und der Feuerwehr gemeldet. Diese erschien mit 6 Einsatzfahrzeugen, dazu Polizei/Staatsschutz und Vertreter der Stadtverwaltung. Als die BetreiberInnen eintrafen waren die Eingangstüren aufgebrochen bzw. ausgehangen und ein Fenster zur Küche aufgebrochen, was laut Polizeiangaben erst später durch die Feuerwehr geschehen sein soll...
Die Musikanlage für Konzerte unbrauchbar gemacht (Lautsprecher zerstört und ein Steuergerät stark beschädigt), genau wie ein Proberaum für Bands im Keller durch das Löschwasser der Feuerwehr. Durch die Stadtverwaltung wurde eiligst veranlaßt, den gesamten Strom der elektrischen Anlage zu sperren, obwohl nicht der geringste Schaden an dieser entstanden ist. Über Herrn Jaster (Bauamt), der schon des öfteren versucht hat sich in die Angelegenheiten der NutzerInnen einzumischen, versucht die Stadtverwaltung nun nun, den Verein massiv unter Druck zu setzen. So wurde z.B. auf einer "Begehung" des Gebäudes am 27.März`97 durch o.g. Jaster gefordert, die elektrische Anlage Anlage zu erneuern und überprüfen zu lassen (was nach seinen Schätzungen 5-7000 Mark kosten würde...), Notausgänge zu schaffen, zugemauerte Fenster zu öffnen, die Schornsteine überprüfen zu lassen, aufzuräumen etc. und überhaupt mehr "Entgegenkommen" zu zeigen... Erst dann könne der Strom wieder zugeschalten werden!
Klar ist, daß dadurch die Aktivitäten des AZ gestoppt werden sollen. Da sich der Vereinsvorstand weigert mit der Stadtverwaltung "zusammenzuarbeiten" und zu "verhandeln", verlangt die Stadtverwaltung nun, daß ein "kommissarischer Vorstand" gebildet wird,der in Zukunft die Verantwortung übernimmt und die Kommunikation mit der Stadtverwaltung aufrechterhält.
So sollen die Möglichkeiten für Jugendliche, die eine Alternative zum durch SozialarbeiterInnen kontrollierten Jugendclub suchen, zerstört werden. Schon am 24.Januar diesen Jahres fiel das TRAIN CONTROL - ein anderer aus einer Besetzung 1993 entstandener selbstbestimmter Jugendtreff - einem Brandanschlag zum Opfer und brannte völlig aus.
Auch die Fascho-Aktivitäten werden dadurch weiter moralisch gestützt und zu neuen "Heldentaten" ermutigt. So wurde ein Tag nach dem Brand anschlag im AZ der 19-jährige Marco von Freiberger Nazis überfallen und mit Knüppeln zusammengeschlagen. Er liegt jetzt schwer verletzt mit einer Schädelfraktur im Krankenhaus.
Einen weiteren Tag später, am 21.März versammelten sich 60-80 Nazis vor der Discothek "Tivoli" um eine Benefizparty für`s TRAIN CONTROL im nahegelegenen SCHLOSS zu überfallen. Im letzten Moment wurde die Polizei gerufen, die mit einem Einsatzkommando die Faschos zurückhielt. Einzelne Faschos, die es doch schafften, zum SCHLOSS vorzudringen, wurde durch PartybesucherInnen vertrieben. Am nächsten Abend versuchten nocheinmal etwa 20 Faschos am SCHLOSS zu provozieren, konnten aber wieder vertrieben werden.

Wir sagen: ES REICHT!
Wir lassen uns weder durch manipulierte Anschläge/staatliche Repression einschüchtern noch unsere Ideen von selbstbestimmten Aktivitäten nehmen! Wir fordern EUCH auf, sich mit uns zu solidarsieren: Vom 10.-13.April findet das beliebte FRÜHLINXFEST mit den verschiedensten Aktivitäten im AZ BARRIKADE statt. Laßt uns gemeinsam unsere wenigen Möglichkeiten verteidigen, die wir uns erkämpft haben!!! SCHLUSS MIT STAATLICHEN REPRESSIONEN UND STROM SOFORT !!!!!!

FREIBERG, DEN 28.März 1997

AZ BARRIKADE
Münzbachtal 118
09599 Freiberg

Stellungnahme aus Wiesbaden zu Zeugenaussagen von drei Leuten aus ehemaligen Wiesbadener Zusammenhängen im Verfahren gegen den VS-Spitzel Steinmetz

Wir gehören zu der Gruppe von 20 Leuten, die Anfang 1996 vom Bundeskriminalamt (BKA) Zeugenvorladungen im ‚Verfahren gegen Unbekannt wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" bekommen haben. Alle waren zu Zeiten von Steinmetz' Spitzeltätigkeit in Wiesbaden politisch aktiv. Zu den BKA-Vorladungen ist letztes Jahr niemand hingegangen. Nach Erhalt der Vorladungen fanden mehrere Treffen für die Betroffenen statt, an denen sich der größte Teil beteiligt hat. Ziel dieser Treffen und der dort geführten Diskussionen war es, trotz der recht unterschiedlichen politischen Biographien und aktuellen Lebenssituationen, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Wir wollten die Bedingungen für jeden/jede schaffen, die er/sie braucht um bei einer Vorladung durch die Bundesanwaltschaft (BAW) die Aussage zu verweigern. Auch wenn klar war, daß wir in diesem Zusammenhang und an dem konkreten Anlaß nicht zu einer neuen weitergehenden politischen Perspektive kommen werden, so gab es doch eine Verbindung über eine mehr oder weniger gemeinsame Geschichte. Das hat es unter uns persönlich allerdings nicht nur einfacher gemacht. Speziell vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Verantwortung für die massiven Fehler und Versäumnisse im Umgang mit dem Spitzel Steinmetz vor und nach Bad Kleinen und der Auseinandersetzung damit.

Mit mehr oder weniger starken Unsicherheiten hatten sich am Schluß der Treffen alle für Aussageverweigerung geäußert, wobei die Frage der Anwendung des § 55 (Recht auf Aussageverweigerung unter bestimmten Bedingungen, z.B. Selbstbelastung) für einzelne nicht abschließend geklärt werden konnte. In der Diskussion um die Anwendung dieses Paragraphen gab es unter uns verschiedene Ansichten; letztendlich haben wir es aber jedem/jeder offengelassen, solange § 55 nur in der Weise beantragt wird, daß damit die generelle Aussageverweigerung begründet wird.

Ende letzten Jahres wurden dann fünf Leute von der BAW direkt zum Bundesgerichtshof (BGH) vorgeladen, diesmal im Verfahren gegen den VS-Spitzel Steinmetz. Eine Person kennen wir nicht, sie war nie in politischen Zusammenhängen. Die zweite Person ist Ursel Quack aus Saarbrücken. Zwei weitere Vorgeladene bewegten sich früher in unseren politischen Strukturen, ein weiterer Vorgeladener ist noch heute als Antifaschist in Wiesbaden aktiv. Die drei letzteren hatten an der oben kurz skizzierten Diskussion und den Treffen nicht teilgenommen, obwohl zumindest zwei schon damals betroffen waren. Eine Auseinandersetzung mit ‚uns", also der Gruppe, die sich an den Vorladungen getroffen hatte, wäre für die drei möglich gewesen, wurde aber von ihnen nicht gesucht und gewollt. Gegenüber einzelnen von uns erklärten alle drei, daß sie die Aussage verweigern werden, wobei der Bezug auf das Aussageverweigerungsrecht nach § 55 von zwei Leuten ins Auge gefaßt wurde.

Letztendlich verweigerte als einzige Ursel Quack aus Saarbrücken gegenüber der BAW die Aussage und bekam dafür fünf Monate Beugehaft, die sie derzeit in der Justizvollzugsanstalt Bühl absitzt. Ihr gilt unsere Solidarität!

Die drei anderen haben vor der BAW Aussagen gemacht, wobei nur bei einer Person für einen Teilbereich das Aussageverweigerungsrecht vom BGH anerkannt wurde. Die Entscheidung so zu handeln haben die drei jeweils individuell und jede/r für sich alleine getroffen, aber mit Auswirkungen für alle, die jetzt schon in diesem Komplex vorgeladen, oder mit Verfahren bedroht sind oder werden.

Durch die jetzt gemachten Aussagen ist es der BAW zunächst einmal gelungen eine Bresche in das Schweigen zu schlagen. Wir gehen davon aus, daß sich die Ermittlungsbehörden in ihrem bisherigen Vorgehen bestärkt sehen und um so eher an der Vorladung unzähliger Leute als Zeugen - mit entsprechender Beugehaftandrohung - festhalten werden.

Zum anderen dienen die bisher gemachten Aussagen (soweit wir sie anhand von Protokollen der Vorgeladenen nachvollziehen konnten) aber auch der BAW direkt:

- um die Aussagen des VS-Spitzels Steinmetz je nach Bedarf für glaubwürdig oder unglaubwürdig zu erklären;
- Mosaiksteine und Indizien für die von ihnen gewollte Richtung der Verfahren zu sammeln;
- gemachte Aussagen anderen vorzuhalten und damit den Druck und die Aussagebereitschaft zu erhöhen.

Letzteres ist schon jetzt bei den Vorgeladenen gelaufen. Hier ein Beispiel von Aussagen von zwei ehemaligen MitbewohnerInnen von Steinmetz. Die Fahrzeuge von Steinmetz spielen für die Ermittlungsbehörden eine wichtige Rolle, weil darin angeblich Sprengstoffspuren gefunden worden sein sollen. Steinmetz selber behauptet, seine Fahrzeuge seien von der „Szene" mitbenutzt worden, die Schlüssel hätten in der WG am Schlüsselbrett gehangen. Befragt zu den Fahrzeugen machte nun ein Vorgeladener die Aussage, daß Steinmetz mit dem Motorrad sehr pingelig gewesen sei und auch sein Auto kaum verliehen habe. Die zweite Vorgeladene gab dazu zunächst an, daß sie zum PKW keine Beobachtungen habe. Daraufhin wird ihr die Aussage des ersten Zeugen vorgehalten, woraufhin sie angibt, daß sie sich daran nicht erinnern könne jemanden mit dem Auto oder dem Motorrad wegfahren gesehen zu haben. Nach einigen anderen Fragen gibt sie dann an, daß Motorrad selber ab und zu ausgeliehen zu haben. An diesem Beispiel ist zu sehen, wie es der BAW mit ‚belanglosen" Aussagen möglich gemacht wird, einen ‚exklusiven Kreis der MotorradbenutzerInnen" aufzubauen und darin Person einzuordnen.
Das gesamte Vorgehen der BAW muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Verfassungsschutz und BKA immer häufiger zugeben müssen, daß sie Menschen auf Fahndungsplakaten wegen konkreter Aktionen und Mitgliedschaft in der RAF gesucht haben und suchen, die nicht bei der RAF waren. Nichtsdestotrotz ist ihr Wille ungebrochen, politische Anschläge der RAF aus der Vergangenheit konkreten Leuten zuzuordnen und für alle Aktionen Verurteilte zu schaffen. Die Behörden greifen jetzt - wie schon in der Vergangenheit - auch auf ‚legal" lebende politische Menschen zurück, wie das Verfahren gegen Andrea Wolf aus Frankfurt im Zusammenhang mit dem Anschlag der RAF auf den Knast in Weiterstadt zeigt. Ein weiteres Verfahren gegen eine Frau aus Wiesbaden wurde Anfang 1994 wegen Mitgliedschaft in der RAF (§129a) eröffnet und läuft derzeit noch. Anfang Februar 1997 verkündete dann die BAW über die Medien, daß sämtliche ungelösten Anschläge erneut nach Spuren und Indizien abgesucht werden sollen. Es sollen unbedingt TäterInnen ‚gefunden" werden, wobei es zweitrangig ist, ob es die ‚Richtigen" sind. Wie Menschen zu ‚TäterInnen" gemacht werden, ist derzeit in Frankfurt im Prozeß gegen Monika Haas zu beobachten.

In diesem Zusammenhang müssen die Aussagen jetzt auch gesehen werden. Wir haben schon oft - auch von den jetzt Vorgeladenen - das Argument gehört, nicht ‚wegen dem Spitzel Steinmetz" in Beugehaft gehen zu wollen. Dieses Argument ist absolut absurd. Jede Aktivität der BAW in dem gesamten Komplex Steinmetz hat zum Ziel, konkrete Verfahren gegen Leute einleiten zu können bzw. allein schon durch die Drohung Verunsicherung, Lähmung und Rückzug zu erzeugen. Auch ging und geht es dabei nicht um ein irgendwie geartetes reales Verfolgungsinteresse der BAW gegen ‚ihren eigenen Mann" Steinmetz.

Schon allein deswegen sehen wir die Aussageverweigerung als eine konkrete Frage der Übernahme von Verantwortung für die eigenen - wenn auch z.T. ehemaligen - sozialen und politischen Zusammenhänge.

Aber auch die Hoffnung der Drei, welche jetzt begrenzte Aussagen gemacht haben, von der BAW zukünftig in Ruhe gelassen zu werden, wird sich nach unserer Einschätzung nicht erfüllen. Im Gegenteil wird sich die BAW in ihrem eingeschlagenen Weg bestärkt fühlen und mit jeder Aussage mehr wissen wollen. Noch waren die Fragen relativ begrenzt: ‚Kennen sie Klaus Steinmetz? Woher?" etc. Wir gehen jedoch davon aus, daß das ihre Taktik ist um erstmal überhaupt eine Aussagebereitschaft zu erzeugen. Das ist ihnen gelungen. Einen Vorgeschmack darauf, daß die Behörden nicht locker lassen werden, hat einer der Drei schon bekommen. Zu einem Termin beim Arbeitsamt erwarteten ihn zwei Beamte des BKA, die ihm mitteilten, daß er noch nicht genügend gesagt habe und sie gerne mehr wissen würden. Da dieser sich weigerte zusammen ein Café aufzusuchen, teilten ihm die BKAler mit, daß er mit einer erneuten Vorladung zum BGH zu rechnen habe...

‚Ruhe" vor den Ermittlungsbehörden gibt es allein dann, wenn mensch keine Aussagen macht und sämtliche Kooperation mit ihnen verweigert. Bei Aussageverweigerung heißt das dann meistens Beugehaft von maximal sechs Monaten. Natürlich ist das für jeden und jede ein schwieriger Einschnitt in das eigene Leben, das wissen wir, und damit wollen und müssen wir umgehen. Aber was sind sechs Monate im Vergleich zu den vielen Jahren, um die es möglicherweise für andere gehen kann?!

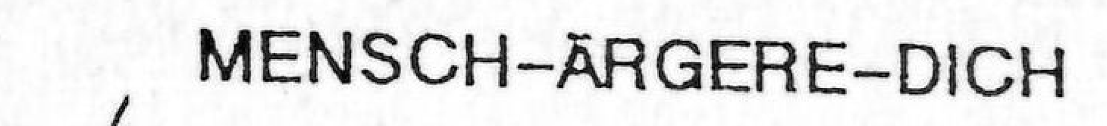
Deshalb werden wir Aussagen auch weiterhin verweigern

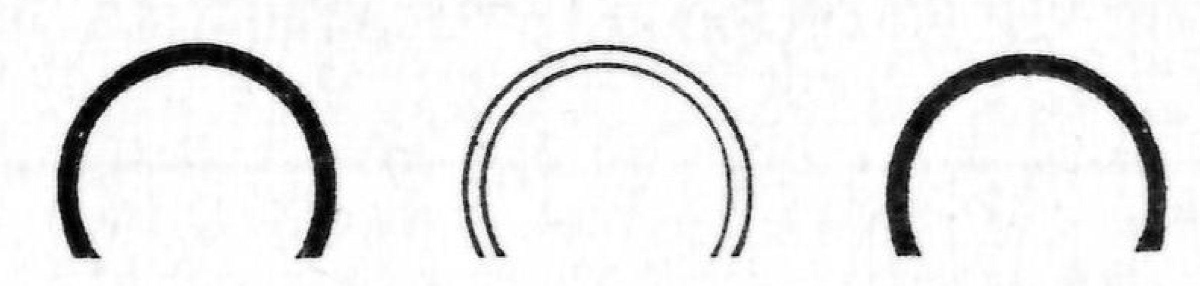
und fordern alle Betroffenen auf, dies ebenfalls zu tun!

Kontakt: Gruppe für Aussageverweigerung c/o Café Klatsch, Marcobrunner Str.9, 65197 Wiesbaden

Wiesbaden, April 1997

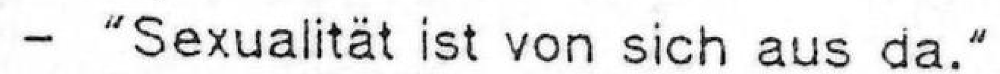
MENSCH-ÄRGERE-DICH





Stellt euch vor, ihr sitzt zusammen und spielt das allseits beliebte Gesellschaftsspiel "Mensch-Ärgere-Dich-Nicht" - bis eine das Spielbrett unter den Männchen wegzieht ...

"Es geht mir nicht darum, die 'gebrechreizte' Frau, die den grundsätzlichsten Einwand gegen unsere Debatte hervorbrachte, als 'böse Spielverderberin' zu präsentieren, die uns armen DiskutantInnen einen Strich durch die Rechnung macht." (Kermit in der interim Nr 405).
In der Tat besteht eine geradezu frappierende strukturelle Ähnlichkeit zwischen dem Spiel und der interim-Debatte. Beide werden in ihrem Verlauf wesentlich beeinflußt durch vorher festgelegte Regeln, die während des Spiels/der Debatte nicht mehr in Frage gestellt werden dürfen.
Da sich bisher (nach bald einem Jahr!) noch keineR die Mühe gemacht hat, diese "Regeln" zu benennen, tun wir das mal:



- "Sexualität ist von sich aus da."
- "Sexualität ist natürlich/naturhaft - Sexualität ist Natur."
- "Sexualität ist triebbedingt/triebgesteuert - Sexualität ist Trieb."
- "Sexualität befindet sich im Spannungsfeld von entgegengesetzten, einander ergänzenden Polen - Geben & Nehmen, hart & weich, Yin & Yang, du Tarzan - ich Jane."
- "Sexualität ansich enthält eine Komponente von Gewalt; die Kunst liegt darin, daß es 'nicht kippt'."



Metaphern haben es so an sich, daß sie nicht stimmen. Auch diese.
"Sexualität" ist kein Spiel.
Und auch nicht die Diskussion darüber, die, solange sie den obengenannten Regeln verhaftet bleibt, nur herrschaftsstabilisierender Diskurs sein kann, denn die Gewinner und Verliererinnen sind real.
Damit meinen wir durchaus nicht nur die Frauen in den Frauenhäusern oder die Kinder, die Opfer sexualisierter Gewalt sind.
"Sexualität" ist ein patriarchales Konstrukt zur Erotisierung von hierarchischen Beziehungen. Allüberall, wo es um Gewalt geht, treffen wir auf sexuelle Metaphern oder sexuelle Praktiken.
"Sexualität" enthält nicht Gewalt. "Sexualität" ist Gewalt.
Sowas geht nicht lustvoll zu diskutieren, wie es die arranca! postuliert.

Je länger wir über das Thema diskutierten, desto weniger fühlten wir uns in der Lage, "Sexualität" ohne Anführungszeichen überhaupt nur zu denken. "Sexualität" wird im gesamtgesellschaftlichen Diskurs immer gedacht als Koitus, als Penetration. Und zwar ganz egal, wer da nun "Sex miteinander hat", ob homo oder hetero, Penetration gehört einfach dazu.
Das ist in der interim nicht anders. Allenfalls wird da noch ein "und andere Formen" angehängt. Anderswo heißt das "Vorspiel". Aber gemeint ist es gleich. Daß "Sexualität" geworden ist - bzw gemacht worden ist - wird nicht mehr erwähnt, geschweige denn, darüber nachgedacht.
Damit bleibt "männliche Sexualität", was sie schon viel zu lange ist: Das "Eigentliche", die Norm.

Und wir finden es bezeichnend, daß eine Debatte, die vor einigen Jahren noch "Patriarchatsdiskussion" oder "Sexismusdiskussion" genannt worden wäre, nun "Sexualitätsdebatte" heißt. Ausdruck des gesellschaftlichen Rollback, der leider auch vor der interim nicht halt macht.

Wir würfeln unser Leben nicht, sondern entscheiden, wie wir handeln. Dafür tragen wir auch die Verantwortung.
Wer einen Diskurs führt wie den in der interim, entscheidet sich, hierarchische Beziehungen zu erotisieren und damit zu verschleiern.

Einige Spielverderberinnen

PS: Und liebe Grüße auch an die brech-Gereizte!

PERU

"Die Zellen sind in Wirklichkeit Gräber

... in denen die Gefangenen langsam zugrunde gehen." Dieses Zitat stammt von Otilia Campos de Polay, der Mutter des inhaftierten MRTA-Führers Victor Polay. Ähnlich sehen das zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, die sich seit Jahren für eine Verbesserung der Haftbedingungen in den peruanischen Gefängnissen einsetzen.

aus: ak (Analyse und Kritik) 398 vom 16.1.1997

Amnesty internatonal (ai) beispielsweise protestiert schon seit 1992 gegen die von Fujimori erlassenen Antiterrorismusgesetze, unter denen mindestens 5.000 politische Gefangenen in unfairen Prozessen zu langen Haftstrafen verurteilt worden sind. Der MRTA werden zwischen 400 und 500 der Gefangenen zugerechnet. Die konkreteste Angabe findet sich in der FR, die von 442 verurteilten Personen, darunter 89 Frauen und 353 Männer, spricht.

Daß das Leben von Gefangenen in Peru nicht viel wert ist, weiß eine breite Öffentlichkeit spätestens seit Juni 1986 (damals fand gerade eine Sitzung der Sozialisten Internationale in Lima statt), als Sicherheitskräfte eine Gefängnisrevolte militanter PCP-Mitglieder niederschlugen und etwa 100 Menschen töteten. Ähnliches wiederholte sich am 6.5.1992 (diesmal unter Fujimori), als bei dem Sturm auf zwei von der PCP kontrollierten Flügel des Miguel-Castro-Castro Gefängnisses 40 Häftlinge und zwei Polizisten ums Leben kamen. Seitdem ist wenig über die Situation in den Knästen [=Häfen; Anm. Tb] berichtet worden.

Um diesen Zustand zu ändern, wiesen Norma und Isaac Velasco, die Europa-Vertreter der MRTA, bereits am 27.11. bei einer Veranstaltung in Berlin auf die unmenschlichen Haftbedingungen in Peru hin. Gegen die linken Bewegungen wird mit Sondergesetzen vorgegangen: Wer des Terrorismus oder der Vaterlandverrats verdächtig ist, muß sich vor einem Militärgericht verantworten. Das Verfahren dauert in der Regel nicht länger als einen Tag, einE VerteidigerIn ist nicht zugelassen, die RichterInnen sind vermummt. In vielen Fällen reicht die Denunziation eines übelwollenden oder eines gefolterten Mitmenschen aus, um zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt zu werden. Allein 1994 übernahmen die Menschenrechtsorganisationen die Verteidigung von 700 Personen, die erwiesermaßen unschuldig unter den obengenannten Vorwürfen verurteilt worden sind.

Maßgeblich für die hohe Zahl von Verhaftungen und Verurteilungen ist das Reue-Gesetz (Ley de arrepentimiento), das im Mai 1992 in Kraft trat. Verhaftete, die bereit sind, 15 Namen von anderen "Terroristen" zu nennen, können mit Vergünstigungen im Prozeß rechnen, wenn ihre Denunziation zu Verhaftungen führt. Ai beklagt, daß die Beschuldigungen von der Polizei in vielen Fällen nicht überprüft worden sind.

Die Haftbedingungen

Im ersten Jahr nach der Verurteilung darf der/die Gefangene keine Besuche empfangen. Danach haben direkte Angehörige das Recht, eine halbe Stunde im Monat zu Besuch zu kommen, Kinder dürfen dies alle drei Monate für eine halbe Stunde. Der Hofgang für Gefangene dauert eine halbe Stunde pro Tag. Es gibt weder Radio noch Fernsehen und kein Recht auf medizinische Behandlung. Für Ernährung stehen den Justizbehörden täglich umgerechnet DM 1,20 pro Gefangenem/r zur Verfügung. Das reicht für eine Tasse Tee und ein Stück Brot zum Frühstück, sowie für eine Suppe oder einen Teller Bohnen zum Mittag. Abendessen gibt es für die MRTA-Gefangenen grundsätzlich nicht. Oft sind die Lebensmittel verdorben, die WächterInnen geben Ratten, Scherben oder Kakerlaken dazu.

Frauen haben bereits in den antikolonialen Kämpfen eine wichtige Rolle gespielt. In der tupacamaristischen Revolution von 1780 übten sie leitende Funktionen aus. Heute sind Frauen in Peru sowohl in der linken wie in der rechten Bewegung aktiv. Tausende von ihnen sitzen in den Knästen, einige weil sie am bewaffneten Kampf teilgenommen haben, andere weil sie in Stadtteil-, Frauen- und ArbeiterInnenorganisationen aktiv waren. Für sie gelten die gleichen Haftbedingungen wie für die Männer, allerdings sind sie sexueller Belästigung und Erniedrigung ausgesetzt. Ein weiteres Problem ist der Mangel an Wasser. Jeder/m Gefangenen stehen nur 2 Liter pro Tag. zur Verfügung. Damit müssen sie Körperpflege, Wäschereinigung und Flüssigkeitsaufnahme erledigen. Die miserablen hygienischen Bedingungen sind u.a. Ursache für viele Erkrankungen.



Es gibt 12 Hochsicherheitsvollzugsanstalten in Peru. Eine relativ neue heißt Yanamayo und befindet sich in 4.000 Meter Höhe in den Anden. Die klimatischen Bedingungen dort machen den Gefangenen das Leben schwer. Der kalte Wind pfeift durch die unverglasten Fenster und hat bei vielen Gefangenen Erkrankungen der Atemwege (Tuberkulose) und des Magens ausgelöst. Auch hier fehlt jegliche ärztliche Betreuung. In Yanamayo ist auch die amerikanische Journalistin Lorie Berenson inhaftiert. Viele MRTA-Gefangenen sind mit 20 bis 30 Personen in einer Zelle zusammengepfercht, die eigentlich für 10 Häftlinge vorgesehen ist.

MRTA-Gefangene aus dem Knast Miguel Castro Castro (Lima) beklagen in einem offenen Brief vom November 1996, daß sie mit Gefangenen des Sendero zusammengelegt worden seien. Dies führe zu ständigen Auseinandersetzungen untereinander. Außerdem seien inzwischen 80% der Gefangenen an Magen-Darm- oder Leberschäden erkrankt. Körperkontakt mit Angehörigen werde durch Trennscheiben während der Besuche unterbunden.

Härtere Haftbedingungen für MRTA-FührerInnen

Die wichtigsten MRTA-FührerInnen sitzen in dem Knast, der sich innerhalb des Marinestützpunktes der Hafenstadt Callao befindet. Maria Lucero Cumpa befindet sich seit Jahren in totaler Isolation, weil sich ihre Familie von ihr distanziert hat, und nach den Bestimmungen des Terrorismusgesetzes nur Familienangehörigen der Besuch erlaubt ist.

Der Gründer und langjährige Führer der MRTA, Victor Polay, wurde 1993 zu lebenslanger Haft verurteilt und ist ebenfalls in Callao inhaftiert. Seine Mutter berichtet, daß Victor und Peter Cardenas, ein weiteres Führungsmitglied, mit Elektroschocks gefoltert worden seien. Bei Mißhandlungen habe ihr Sohn einen Schulterbruch erlitten. Während der Überführung aus dem Gefängnis Yanamayo nach Callao öffneten die Bewacher eine Flugzeugtür und drohten, Cardenas und Polay lebendig aus dem Flugzeug zu werfen.

Polays Zelle liegt acht Meter unter der Erde. In der zwei mal vier Meter großen Zelle befinden sich ein Bett und eine Latrine. Es gibt kein elektrisches Licht. Durch ein 15 cm großes Loch in der Decke dringen etwas Licht und Luft in die Zelle. Die halbe Stunde, in der Polay die Zelle für den Hofgang, der ganz alleine erfolgt, verlassen darf, ist die einzige Gelegenheit, etwas zu Lesen. Verboten ist alles, was im Entferntesten mit Politik zu tun hat. Seine Mutter durfte Polay erstmals 14 Monate nach der Verlegung nach Callao besuchen. Seine Kinder können ihn alle vier Monate sehen.

1993 wurde den Gefangenen des Sendero und der MRTA ein "Friedensangebot" unterbreitet. Im Gegenzug zur bedingungslosen Kapitulation und der Unterzeichnung eines Dokuments, in dem der bewaffnete Kampf "bereut" wird, ist eine Verbesserung der Haftbedingungen (größere Bewegungsfreiheit im Gefängnis, Schreibpapier) angeboten worden. Während dies im Sendero zu einer Organisationsspaltung führte, nachdem sich Abimael Guzman darauf einließ, haben die Mehrzahl der MRTA- Gefangenen - darunter sämtliche FührerInnen - dies zurückgewiesen und sind seitdem verschärften Haftbedingungen ausgesetzt.

Beschwerden von UNO-Institutionen, verschiedener Menschenrechtsorganisationen sowie der Organisation Amerikanischer Staaten haben nichts an den Haftbedingungen ändern können. Francisco Soberon, Leiter des peruanischen Menschenrechtskomitees, weist darauf hin, daß jede/r, der/die die Zustände in den peruanischen Gefängnissen kritisiert, von der Regierung sofort als SympathisantInnen des Terrorismus eingeordnet wird. Von einer machtvollen internationalen Solibewegung, die für die Gefangenen eine große Hilfe sein könnte, kann zur Zeit keine Rede sein. Die MRTA setzt sich für die Rechte aller politischen Gefangenen ein, d.h. auch für die der unabhängigen Gefangenen und die der Kommunistischen Partei Perus (PCP). Wie die Aktion in Lima zeigt, glauben die Tupac-Amarus inzwischen nicht mehr daran, daß mit legalen Mitteln oder auf dem Verhandlungsweg eine Verbesserung der Haftbedingungen, ganz zu schweigen von einer Freilassung, zu erreichen ist.

Nach der Besetzung

Am 15.12. traten zahlreiche MRTA-Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik, um eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Auf die zwei Tage später erfolgende Geiselnahme reagierte die peruanische Regierung mit einer Verschärfung des Haftregimes. Sämtliche MRTA-Gefangenen unterliegen für den Monat Januar einer Kontaktsperre. Das Rote Kreuz, das seit 1993 die Gefangenen betreut, erhält keinen Zutritt mehr zu den Knästen. Eine Amnestiekommission hatte zu Weihnachten die Entlassung von 80 Gefangenen in die Wege geleitet, die nachweislich zu Unrecht verurteilt worden waren. Nach der Geiselnahme hat die Regierung die Freilassung ausgesetzt. Die Petition der Kommission, geringfügige Verbesserungen der Haftbedingungen zuzulassen, wurde abgelehnt.



Termine

Ab April wieder:

Protestkundgebungen gegen Ausgrenzungen, Sicherheitswahn und Privatisierungen

im Rahmen der Innen-Stadt-Aktion.

Jeweils Freitags ab 16.00 Uhr am Breitscheidplatz.

Diese Woche (11.4.97) mit einer Vertreterin/einem Vertreter des Anti-Rassismus-Büros aus Bremen.

FrauenLesbenTag im Infoladen OMEGA

ein Treffpunkt für FrauenLesben
jeden Donnerstag von 17-20 Uhr
1x im Monat Filme, Lesungen, Diskussionen, Vokü und was ihr gefällt

17.4.1997 um 20.00 Uhr
HERZ-SCHMERZ-ABEND
mit Cocktail, warmem Essen und Video:
SENSE AND SENSIBILITY (OF)

jeden 1. Donnerstag im Monat von 18-20Uhr
Einführung in die Datenfernübertragung (DFÜ)

Infoladen Omega
Sparrstr.21
13353 Berlin
Tel.: 454 82 207
Fax:: 454 82 208
BBS : 454 82 209

Nazi-Aufmarsch gestoppt

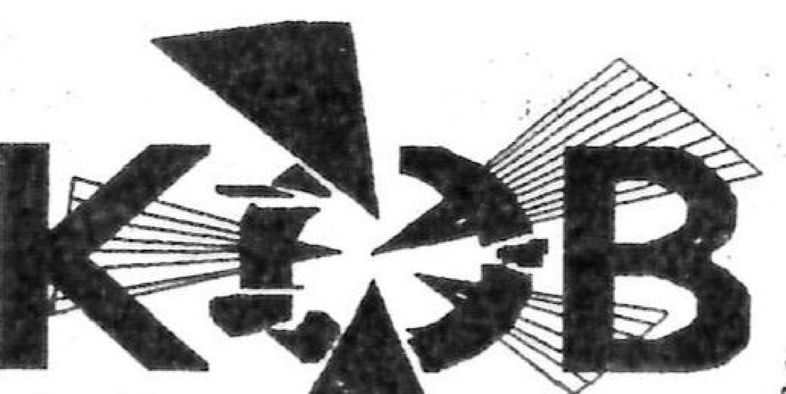
1.MÄRZ 97 IN MÜNCHEN

Ist doch alles gut gelaufen, oder?

EINE DOKUMENTATION

Fotos
Berichte
Analysen
Dokumente
Einschätzung

Erscheint voraussichtlich Ende April
circa 50 Seiten, DIN A 4, geheftet
Der Einzelpreis: 5.- DM + Porto
ab 10 Stück: 3.50 DM + Porto
Zu bestellen beim Münchner Bündnis gegen Rassismus
Claus Schreer, Johann-von Werth-Straße 3, 80639 München
- oder per Fax: 089-1689415



Konzerte

Einlaß zur Show 21.00
Beginn gegen 22.00

Freitag 4.4.
Gioba - Party
Brasilianische Party mit Live - Musik
Videos, Cocktails

Samstag 5.4.
Punkrocktheke
mit Daniel und Kristof
Punkrockska and nothing else

Dienstag 8.4.
TEN FOOT POLZE
Ami - Melodie - Core

Freitag 11.4.
WUNSCHLOS UNGLÜCKLICH
Blockflötenpunk
BASTARDS
HC - Punk
CAPONES
Rock'n Roll
NAPT
Musik aus hh

Freitag 18.4.
GETRÄNKE HOFFMANN (B)
RATAMAHATTA (B)
Crunch Oriental Latino Folk Funk

Samstag 19.4.
RUDI'S SCHLAGERPARTY

Sonntag 20.4.
EMBRYO
Ethno - Rock

Freitag 25.4.
VERANSTALTUNG ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI
Austellung zur Geschichte des 1.Mai mit Film, Berichten, Bildern,Essen
Die Schopenhauers - Lieder aus der FDJ - Singebewegung
und anschl. Tanzabend mit Kristof u. Daniel

Samstag 26.4.
LATINO - PARTY
Lesbisch Schwul Bi
try y lo Que Hay por ahi
jeden letzten Samstag im Monat

Jeden Sonntag ab 20:00 Uhr VolxKüche

Potsdamerstr. 158
Schöneberg
Tel/Fax:2152060

VIDEO KINO

immer ab 21 Uhr eintritt frei

Sonntag 13.4.
20.00 uhr Volksküche
20.30 uhr Information über die MRTA u.die aktuelle Situation in Peru.
danach Film "Licht am Ende des Tunnels"
(Video der Gruppe "Internationalismus" der Autonomen Antifa M)
Ein Film zur MRTA . Über die sozialen Ursachen des bewaffneten Kampfes in Peru und dem selbstverständnis der MRTA und den Bedingungen für einen nationalen Dialog.

Mo.14.4.
DOCUMENTALES
1-Por la humanidad.Contra el neoliberalismo.Sobre el encuentro en CHIAPAS.
Racismo en Estados Unidos.

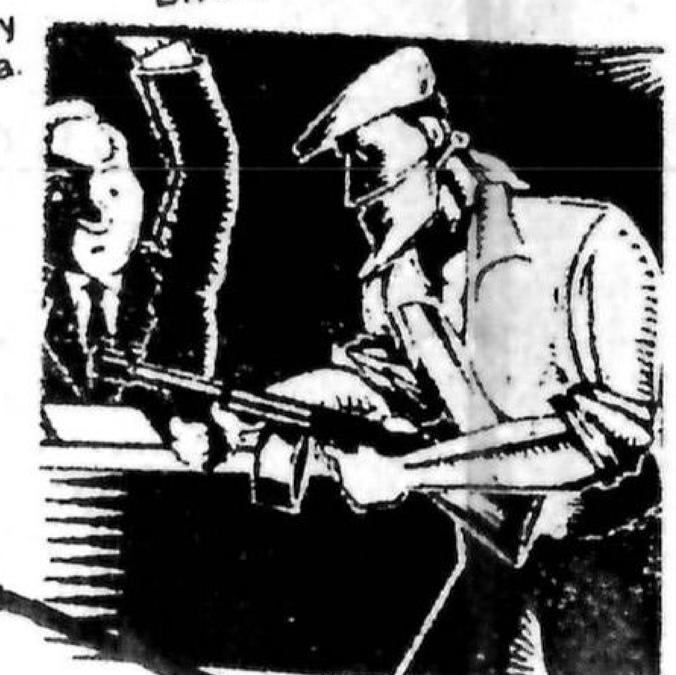
Dienstag 15.4. 20.30 uhr
Film
"Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse -"
danach
"Ernst Thälmann - Führer seiner Klasse -"
Auch wenns einigen bitter aufstößt von "links" bis "rechts" verleumdet,entstellt und verpönt. Wir gedenken den 111. Geburtstag des im KZ Buchenwald ermordeten Revolutionärs und KPD Vorsitzenden Ernst Thälmann mit einer Filmnacht.

Mittwoch 16.4.
La classe operaia va in paradiso
la sconfitta dei movimenti operai del Nord

Mo.21.4.
Simon del desierto.
Una pelicula de Bunuel.

Mittwoch 23.4.
Divorzio all'italiana

Mo.28.4.
Tierra y libertad
Enfrentamientos entre ANTIFASCISTAS durante la guerra civil y revolucion en Espana.



FREE MUMIA ABU-JAMAL

Soli - CD mit:
Die Toten Hosen, Wahre Schule, Swoons, Einstürzende Neubauten, Das Zuckende Vakuum, Die Goldenen Zitronen, Scattergun, Cycocrime, Tod & Mordschlag, APC, Guts Pie Earshot, H.A.F., Whirled Cage, Blumfeld, P.N.E.T.95, Graue Zellen, House of Suffering, Rantanplan, Slamtilt, Das Imperium

RECORD-RELEASE-PARTY
BANDS: TOD&MORDSCHLAG, SLAMTILT!, SCATTERGUN, APC, WHIRLED CAGE
DISCO: DJ's NICOLE + GERO
SA 12.4. EX 21
GNEISENAUSTR. 2a

Ab Ende März zu beziehen bei:
Free Mumia Abu-Jamal Sampler, Weisestr. 53, 12049 Berlin
gegen Vorkasse von 24,-DM (inkl. Porto)
In Berlin erhältlich bei:
Coretex, Schall & Rauch, Orange Age, Schwarze Risse, O21, X-B-Liebig, EX, Syndikat, KOB, N.N. Bücher, SEK, Franken

radikal
Zeitung der Bewegung

Zensur ohne Ende

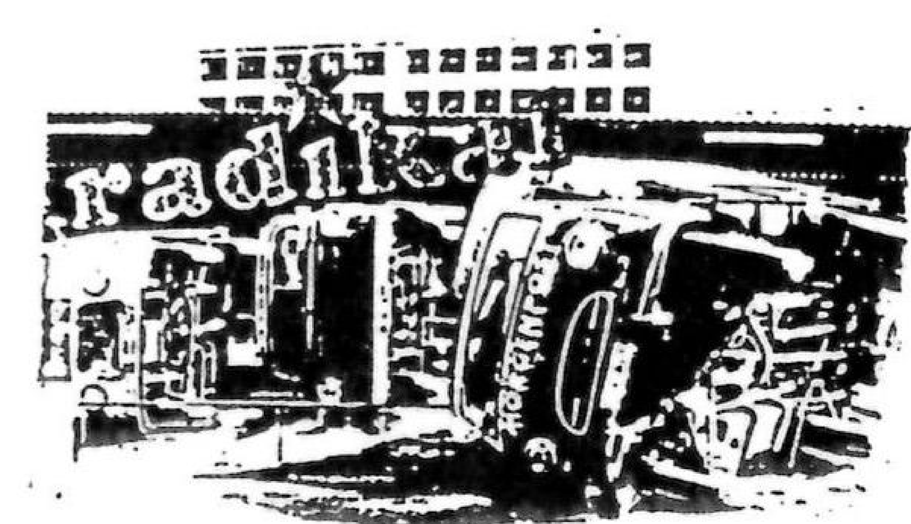
"Happy Birthday, Haftbefehl!"
Zum 150. "radikal"

Der Film erzählt die Geschichte der "radikal" und ihrer Verfolgung.

Videofilm auf Großleinwand

Vorfilm

Das erste Mal in der Geschichte der BRD verfolgt die Bundesanwaltschaft ein Zeitungsprojekt als Ganzes, weil es eine "kriminelle Vereinigung" sein soll.
Der Film erzählt die Geschichte der "radikal" und ihrer Verfolgung: 1984 wurden Benny Härlin und Michael Klöckner als angebliche Herausgeber der "radikal" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.
1987 wurden mehrere Buchhändler wegen Verkauf von "radikal"-Ausgaben zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt.
Am 13. Juni 1995 wurden vier junge Männer in Haft genommen, weil sie Mitarbeiter der 1976 gegründeten "radikal" sein sollen. Gegen weitere 18 Personen laufen Ermittlungsverfahren.
In "Happy Birthday, Haftbefehl!" kommen Mitglieder der Hamburger Solidaritätsgruppe zu Wort.
Die Montage von aktuellem und historischen Material zeigt, wie sich das politische Klima im Land seit den 80er Jahren verändert hat.



Veranstaltungsort:
Drugstore, Potsdamerstr. 180, 10783 Berlin
U-Bahn Kleistpark.
Sonntag 13.4. um 19 Uhr

Ab 1. März neue Tarife bei Bus und Bahn

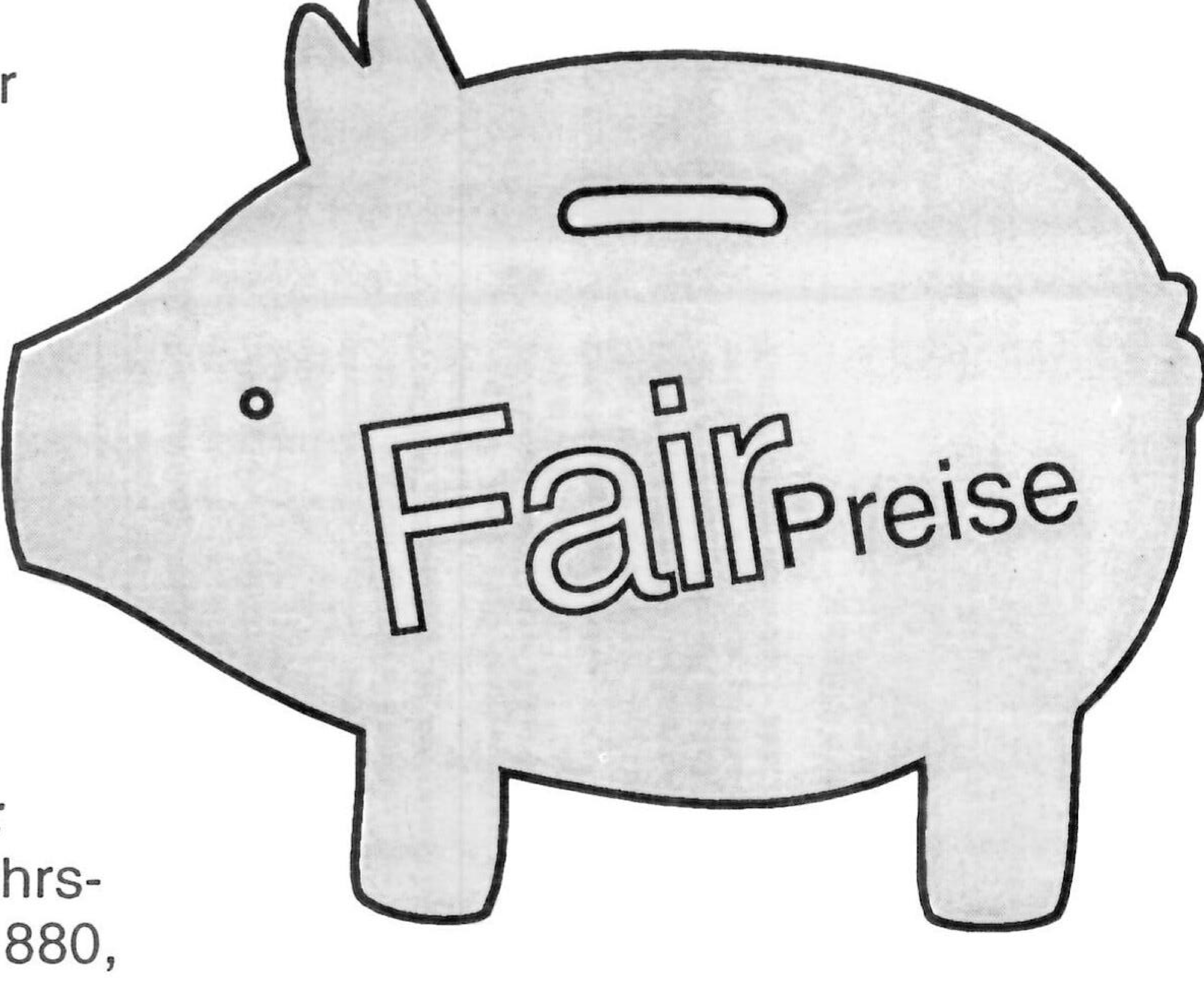
Einfach und echt gerecht: Schwarzfahren!

Die neuen Fairpreise. Nach Bedarf und Strecke. In Berlin und Umland.

Die Kurzstrecke: wie bisher, einfach einsteigen. (3Stationen mit U-,S- oder Regionalbahn) oder 6 Stationen mit Bus oder Straßenbahn

Die Langstrecke: nur noch einsteigen und 2 Tarifgebiete (AB oder BC) kostenlos durchqueren!

Die Ganzstrecke: das gesamte Tarifgebiet für umsonst! Einfach einsteigen und los gehts.



Tarif: ABC

Weitere Tarif-Informationen und Tips zum Schwarzfahren: an allen Fahrausweisverkaufsstellen der beteiligten Verkehrsunternehmen und über die Tarif-Info-Hotline:(030) 240 40 880, Montag bis Sonnabend von 8.00 bis 20.00 Uhr.

So kommen wir alle ans Ziel!

Die Tarife der Tarifbereiche ABC umfassen das Verkehrsangebot folgender Verkehrsunternehmen:Berliner Verkehrsbetriebe, S-Bahn Berlin GmbH, Deutsche Bahn AG, Havelbus Verkehrsgesellschaft, Verkehrsbetrieb Potsdam, Schöneicher Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH und Woltersdorfer Straßenbahn GmbH, Strausberger Eisenbahn GmbH.